

Einheitspreis
 monatlich 60 Pf.
 vierteljährlich 1.50 Mk.
 halbjährlich 3.00 Mk.
 jährlich 6.00 Mk.
 Preis für Post bezogen
 1.80 Mk. netto, einschließlich

Die Neue Welt!
 (Anzeigenschein),
 monatlich 10 Pf.

Veränderung-Anträge:
 Redaktion: Nr. 1047,
 Expedition: Nr. 1047,
 Salzgarn-Abteilung:
 Volkshaus Halle/Saale.

Die Neue Welt

Insertionsgebühren:
 beträgt für die 6 spalten-
 weite Zeile oder deren Raum
 20 Pfennig.
 für anmerkungswürdige
 25 Pfennig.
 Im verbleibenden Teile
 nach der Rate von 10 Pfennig.

Insertate:
 für die fällige Nummer
 müssen spätestens bis vor-
 mittags nach 10 Uhr in der
 Expedition aufgegeben
 sein.

Eingetragen in die
 Postzeitungsliste.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
 Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.
 Expedition: Post 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. • Redaktion: Post 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

Freisinn-Liszt.

Der „Fortschritt“ und die Universitätspolitik.

Am Mittwoch haben sich im preussischen Dreiklassen-
 Hause der echt preussische Polizeigeist, sowie der preus-
 sische Fortschritt (fortschrittliche Volkspartei) wieder ein-
 mal glänzend produziert. Auf der Tagesordnung stand die
 fortgeschrittliche Interpellation über den Selbstmord des polizei-
 lichen gehetzten und drangalierten russischen Studenten Du-
 browski.

Wäre es nach der Absicht der Mehrheit gegangen, hätte die
 ganze Besprechung höchstens nur eine Stunde in Anspruch ge-
 nommen. Alle Redner der bürgerlichen Parteien hatten sich
 verhalten, nur kurze Erklärungen abgegeben. Auch an die
 Sozialdemokraten hatte man das dreifache Ansehen gestellt, ihr
 Redner solle sich verpflichten, höchstens — 10 Minuten zu
 sprechen, andernfalls würde man ihn überhaupt nicht zu
 Worte kommen lassen. Als Genosse Liebschütz auf diese
 Zumutung nicht einging, beantragten die Sozialdemokraten und
 die Freisinnigen unmittelbar bevor Liebschütz das Wort
 erhalten sollte — so ist es heute — nur durch einen
 Notfall-Klischené in der Kinderstube, so daß es dem Redner
 der Sozialdemokratie möglich war, unsere Auffassungen zum
 Ausdruck zu bringen.

Die ganze Verhandlung der Interpellation war von gewisser
 historischer Bedeutung. Nicht etwa deswegen, weil die Minister
 wieder einmal die fastjam bekannte preussische Scham-eiteligkeit
 zur Schau tragen und von oben herab erklären: bei uns ist
 alles zum besten geordnet und geändert wird nichts. Das hat
 wohl niemand anders von den Herren erwartet. Auch nicht
 weil die konservativen Redner sich die Freieiheit erlaubten,
 die ganze Debatte für eine Feindverächtung zu erklären.
 Man hat ihnen gewohnt, daß sie für Interessen der Kultur
 keine Zeit haben. Auch nicht einmal deshalb, weil sich die
 Sozialdemokraten in ihrer ganzen jammervollen Halb-
 heit enthielten — das ist nachgerade so oft vorgekommen, daß
 es nicht mehr aufregen kann. Sondern was uns Bedeutung-
 volles in der Debatte sehen, das liegt diesmal ausnahms-
 weise nur in der Person desjenigen Redners, der die frei-
 sinnige Interpellation vertrat, des Herrn Professors Dr.
 v. Liszt.

Herr v. Liszt ist nicht der erste Biele. Persönlich von im-
 portantesten Wesen, in seinen wissenschaftlichen Leistungen von
 der Fachwelt anerkannt, dazu einer der wenigen, von denen
 man ohne weiteres das Gefühl hat, daß er kein „Diplomat“
 ist, d. h. daß er niemals ein Wort entgegen seiner eigenen
 Überzeugung oder wider besseres Wissen sagen wird — aus-
 gestattet mit all diesen sehr vorzuziehenden Eigenschaften, ist er
 vor drei Jahren losgeraten als „Parasit“ vom Freisinn
 den Wäldern präsentiert worden. Will sagen, man ludte mit
 den Vorzügen seiner Person die innere Hohlheit der frei-
 sinnigen Sache zu verdecken. Das ist ja wohl auch in seinem
 Charlottenburger Wahlkreise zum guten Teil gelungen. Dieser
 Rolle entspreche die Verwendung, die er seither in der frei-
 sinnigen Fraktion gefunden hat. Lausdanklichen Einfluß auf
 die politischen Entscheidungen seiner Partei hat er nicht. Er
 wird immer noch dem herangeholt, wenn es gilt, eine Sache äußer-
 lich einbrudsel zu vertreten, für die der Freisinn Anstands-
 oder Wellame halber eintreten will, obwohl sie ihm in Wahr-
 heit keineswegs am Herzen liegt. So war er der gegebene
 Redner für diese Interpellation. Man mußte von vornerein-
 es ist schlechterdings unmöglich, daß man einen solchen Zweifel
 daran aufkommen zu lassen, daß Herr v. Liszt alles genau
 über sich hat schlechterdings ausgeführt. Wenn also Herr
 v. Liszt mit klammernden Worten die Polizeiverordnung in der
 Universität brandmarkt, wer will dann noch aufstehen und
 sagen, daß es dem Freisinn damit nicht Ernst sei. Eine fein
 ausgelegte Komödie sollte aufgeführt werden, von der man
 sich gerade deshalb die durchschlagende Wirkung versprach,
 weil der Mann, der die Hauptrolle spielte, kein Schauspieler.
 Ein Komödiant ist, sondern mit vollem Herzen und vollem
 Ernst bei der Sache war.

Und nun hat selbst dieses „Parasitentum“ völlig versagt! So
 völlig versagt, daß es fraglos ersichtlich ist, daß überhaupt noch
 in Zukunft für ähnliche Anschuldigungen brauchbar sein wird.
 Das ist es, was wir bedeutungsvoll an den Vorzügen des
 Mittwoch finden, daß der Freisinn selbst in diesem seinem
 importantesten Vertreter zu vollkommenem Kontrollverlust hat.
 Es ist noch wenig, daß Herr v. Liszt schon in seiner ersten
 Rede sich keineswegs als jungblühender Kämpfer für Freiheit
 und Kultur, sondern als Vereidiger der Polizei auf-
 geföhrt hat. Konnte denn der Berliner Rektor anders handeln?
 So ter nicht genau das getan, was er „auf Grund der Wor-
 schriften“ tun mußte? Nicht der Minister war es, der das
 sagte, sondern Herr v. Liszt, der angebliche Vereidiger der
 Wissenschaft und der Freiheit. Und mit solchen Gründen er
 das belegen „haben wir es doch im 1906 erlebt, daß mit ge-
 schicktem Repertoire an „arbeitete wurde!“ Man dente
 wie muß das heute subalterne Polizeigeist bis ins innerste
 geföhrt, daß russische Studenten es gewagt hätten, den Polizei-
 vorkeidern ein Schimpfen zu schlagen, um an die „Brühe
 der Wissenschaft“ zu gelangen. Jedoch, es war keine subalterne
 Polizeigeist, die das sagte; es war Herr v. Liszt, der berühmte
 Professor, der Kämpfer für Freiheit und Fortschritt!

Doch wie gelang, das war noch wenig, der Hauptschlag kam

erst im Schlusswort. „Der Sprecher der interpellierenden Par-
 tei“, so schreibt darüber sogar das Berliner Tageblatt, „hat
 im Schlusswort wenigstens die Möglichkeit, das Ergebnis der
 Debatte zu revidieren und die Haltung der Parteien und der
 Regierung zu kritisieren.“ Woju nun wachlich Anseh und
 Material genug vorlag. Eine „verdrückende Stofffülle zu einer
 harten Kritik“ nennt es mit Recht das B. Z. Die Minister
 hatten zum Teil nach den Polizeikritiken falsche Angaben gemacht,
 die konservativen Redner hatten es bei ein paar hochwürdigen
 Bemerkungen genügen lassen, die Regierung zusammen mit
 Konservativen und Zentrum hatten deutlich erklärt, daß die
 die geringen Verlesungen, die Herr v. Liszt angesetzt hatte,
 nicht kommen würden. Was hat dem gegenüber Herr v. Liszt
 getan? Hat er von der „verdrückenden Stofffülle“ Gebrauch ge-
 macht? Ach nein! Er hat es für passend erachtet, sich gegen
 den — ja! das dem allseitigen Redner zu wenden! Und
 gegen diesen noch obenhin dieselbe dumme Redensart zu
 brauchen, die man bis dahin nur von konservativer Seite zu
 hören gewohnt war: Liebschütz hatte ihm zu lange geredet!
 Es war eine fe herrliche Gelegenheit, eine Rede an die deutsche
 Nation zu halten. Aber Herr v. Liszt empfand in jenem
 Moment nur das eine Bedürfnis: zu versichern, daß, wenn er
 einmal an die deutsche Nation reden wollte, er sich wesentlich
 fürzer lassen würde.

Doch nein, noch ein anderes Bedürfnis empfand er. Unab-
 weisbares Bedürfnis war es ihm außerdem noch — sich
 beim Minister zu beklagen. Mit dem Gang der Be-
 sprechung ist er „durchaus zufrieden.“ Dem Staatsminister ist
 er „ausgezeichnet dankbar“ für die bloße Erklärung, daß sein
 Schermschiff behaftet. Natürlich, nun können ja die Univer-
 sitäten auf Grund öffentlicher Polizeiverordnungen den
 Polizeibürolet spielen, was in dem Empfinden des Herrn
 v. Liszt demnach nichts Unwürdiges mehr an sich hat. Und
 nochmal und wiederum dankt er dem Minister und meint,
 dass man nunmehr „auf allen Seiten des Hauses zufrieden
 sein könne.“

Herr v. Liszt ist, wie immer, herzlich gemein. Er hat deut-
 lich und wahrheitsgemäß ausgesprochen, daß der Freisinn die
 Befreiung der Wissenschaft von der Bevormundung durch die
 Polizei gar nicht will. Er behauptet sich beim Minister.
 Wann wird doch die Zeit kommen, da sich das deutsche Volk
 für diesen Freisinn bekennt?

Gleiches Reichsland-Wahlrecht?

Der Reichstag hat in seiner Mittwochssitzung das Wahl-
 gesetz für Elsaß-Lothringen in zweiter Lesung ange-
 nommen und damit die zweite Lesung der ganzen Ver-
 fassungsvorlage zum Abschluss gebracht. Das Wahlgesetz ist von
 der argen Bevormundung durch die Buralistinnen je befreit
 worden, ist gleich direkt und geheim, aber es enthält noch immer
 die arbeiterfeindliche Hofbühnenliste, die Genosse Emmel in
 vorzüglichen Ausführungen vergebens bekämpfte. Nicht einmal
 die ganze Fortschrittspartei schloß sich unserem Antrag auf Be-
 freiung dieser Prämie für das sechste Notablen- und
 Spieghertum an. Immerhin ist es als erfreulich zu bezeichnen,
 daß der Paragraph, der das allgemeine Stimmrecht ohne
 Alterspluralfürmungen enthält, mit ganz gewaltiger Mehrheit,
 262 gegen 47 Stimmen, angenommen wurde. Dafür stimmten
 auch die Antimilitaristen und die Elsäfler. In der Minorität
 waren nur die Rechtskonservativen mit ein paar ganz fanati-
 schen Sozialistensprekoren oder Wandwimmern der Reichspartei,
 dem Reichsverbandesgeneral von Biersdorf, dem Abgeordneten
 Schütz und ein oder zwei anderen. Die Dörfel, Brandt,
 Gamp, Dresden, Oetgen stimmten, soweit zu sehen war, mit der
 Mehrheit. Eine sofortige Konstatierung der Einzelabstim-
 mungen ist ja dank dem famosen Abschluß-Ritus unmöglich.
 Das so geschaffene Wahlrecht bleibt von einer vollständigen
 Erfüllung der sozialdemokratischen Forderungen ebensoweit
 entfernt wie das Ganze des Verfassungswerkes selbst. Den Be-
 wohnern von Elsaß-Lothringen bleibt noch viel zu tun, um sie
 sich jener vollkommenen demokratischen Freiheit erkennen ver-
 den, die die Sozialdemokratie ihnen wie allen Wählern er-
 kämpfen will. Sie werden den durch die Wahlrechtsreform aus-
 geschlossenen, den Frauen, den Männern zwischen 20 und
 25 Jahren das Wahlrecht erlangen müssen und sie werden auch
 dafür zu sorgen haben, daß sich die Volkstimme in einer ge-
 gebenen der monarchischen Gewalt und der lebensunfähigen Prä-
 gendheit der Ersten Kammer im lebendigen Leben des Landes
 als maßgebender Faktor behauptet. Aber etwas wird ihnen
 abgenommen sein, was die Wähler Preußens und Sachsens
 gähnelndes tragen müssen, ein Kampf wird ihnen erspart
 bleiben, vielleicht der schwerere von allen, der Kampf gegen die
 infame Ungleichheit des Wahlrechts, die die Mehrheit der
 Bevölkerung zum Vorteil einer Minorität unterdrückt und
 schändet. Das Wahlrecht in Elsaß-Lothringen wird gleich
 sein, das Wahlrecht in Elsaß-Lothringen wird gleich
 sein und erledigt für alle Zeiten. So wenig auch das ganze
 Werk in allen seinen Teilen und Forderungen des sozialdemo-
 kratischen Programms entspricht, an diesem einen ungeheuer
 wichtigen Punkt trägt es die unabweislichen Spuren sozial-
 demokratischer Arbeit.

Die Sozialdemokratie hat das Wahlrecht zum Fall ge-
 bracht, sie hat, die Vorlage der Regierung auswendig, dem
 gleichen Wahlrecht zum Siege verholfen.

Zweihundertdreizehnhundert gegen sechshundertsechzig! Nicht
 oft hat sich in großen Fragen eine so gewaltige Mehrheit im

Reichstag zusammengefunden. Die Majoritäten des Wilhelms-
 Reichs wie des Kaiserreichs Wählern reichen nicht entfernt
 an sie heran. Das interpellante an dieser Mehrheit ist aber,
 daß sie nicht ersiert wurde durch die Überstimmung der
 Überzeugungen, sondern durch die Macht der Tatsachen, durch
 den moralischen Zwang, den das Reichsland-Wahlrecht auf seine
 Gewählten ausübt. Die Abstimmung von Mittwoch war eine
 Selbstbehauptung der Demokratie, ein Triumph des Gleich-
 heitsprinzips über die abstrakten ihm offen oder insgeheim
 widerstrebenden Kräfte. Unter den 262, die für das neue reichs-
 ländliche Wahlrecht stimmten, sind von den Sozialdemokraten
 abgesehen, die überzeugten und begeisterten Freunde des gleichen
 Rechts höher sehr dünn gefast, viel dünner jedenfalls als die
 Zweifel- und Widerläder. Aber die Zweifel mußten ver-
 schwinden, die Widerläder mußten die Waffen nieder vor dem
 neuen Volksgesitz, der in den preussischen Wahlrechtskämpfen
 mächtig geworden ist. In diesem Sinn ist die Abstimmung vom
 24. Mai der erste große Erfolg der von Preußen aus entworfenen
 Wahlrechtsbewegung, Ändere, größere, werden nicht ausbleiben.
 Die Niederlage der Junker ist vollkommen. 47 von 297
 gegen 262! Und nicht einmal zu reden wagten sie, Strom
 und teilnahmslos saßen sie da, ein schmällich zusammen-
 gehaltenes Häuflein Ingrid. Sie, die Diktatoren Preußens, die
 Drahtzieher der Regierung, die Herren auch des deutschen
 Reichstags, wo sie abwechselnd mit Oberlenen und Zentrum
 Reichstag spielten, waren für einen Augenblick zu einer ohn-
 mächtigen winzigen Minorität zusammengeschmolzen. Auf
 einmal mußten sie merken, daß es auch ohne sie, ja sogar auch
 gegen sie geht!

Die Sozialdemokratie hat freilich bei vielen Abstimmungen,
 in denen sie isoliert blieb, nicht mehr Stimmen aufbringen
 können, als die Junker am letzten Mittwoch. Aber es ist doch
 ein gewaltiger Unterschied, ob eine Partei in der Minorität
 bleibt, die sich auf einem aufsteigenden Ast der Entwicklung be-
 findet, oder ob daselbe Schicksal einer andern politischen
 Gruppe widerfährt, die unaufrichtig auf der höchsten Ebene
 niederkniet. Die Sozialdemokratie kann es sich erlauben, ein-
 stück zu bleiben, sie weiß, auch wenn sie allein steht, ja dann
 erst recht, das Zentrum hat nicht mehr die Kraft, allein
 zu stehen, die Isolierung bedeutet ihm nichts anderes als den
 Anfang vom Ende.

Unter der Abstimmung vom 24. Mai steht die kommende
 Abrechnung der allgemeinen Reichstagswahlen, steht der Wahlrechtskampf, der nach seinem Sieg im
 Reichstag, in Preußen mit noch ganz anderen Kräften auf-
 genommen werden wird als bisher. Das Zentrum hat eine
 suchbare Niederlage erlitten, jetzt gilt es, den Krieg Schlag
 auf Schlag fortzuführen bis zur völligen Vernichtung des
 Feindes!

Wird unsere Fraktion zustimmen?

Die vorstehenden Ausführungen entnehmen wir der
 Stammbuchers Parlamentskorrespondenz, obgleich darin die all-
 gemeine Bedeutung des sogenannten gleiches Reichsland-Wahl-
 rechts sicherlich zu rosig dargestellt ist. Aber als Stim-
 mungsbebild der Verhandlungen sind sie recht anschaulich.

Eine ganz andere Frage ist freilich die, ob unsere Fraktion
 in der heutigen englischen Gesamtabstimmung für die ganze
 reichslandische Verfassungsreform stimmen kann. Das
 scheint uns doch sehr zweifelhaft zu sein! Aus einer Bemerkung
 des letzten Fraktionsredners, des Genossen Emmel, geht her-
 vor, daß die Fraktion ihre letzte Entscheidung von der Ge-
 staltung des Wahlrechts zur sogenannten Zweiten Kammer ab-
 hängig macht. Nun sind aber alle Verbesserungsanträge der
 Fraktion brutal und rethos abgelehnt worden, so daß das
 Wahlrecht weder allgemein noch gleich ist. Jedes Wahlrecht
 soll vier Eigenschaften haben: 1. allgemein, 2. gleich, 3. ge-
 heim, 4. direkt. Die ersten beiden Eigenschaften sind die
 grundlegenden, die letzten beiden beziehen sich lediglich
 auf die Form der Stimmabgabe. Aber welchen Wert
 und welches Gewicht die Stimmen haben, das wird durch
 „allgemein“ und „gleich“ festgelegt. Das reichslandische Wahl-
 recht ist aber nicht allgemein, denn es entzieht die Frauen
 vollständig und auf Lebenszeit und ebenso die Männer von 20
 bis zum 25. Jahre. Weiter entzieht es alle männlichen und
 weiblichen Staatsbürger, die noch nicht volle drei Jahre im
 Reichslande angesetzt sind. Nicht aus nur ein Tag, so gibt es
 kein Recht. Und endlich: nicht nur muß der männliche Bürger
 25 Jahre alt, drei Jahre im Lande, sondern auch noch ein volles
 Jahr am Orte angesetzt sein, sonst hat er kein Stimmrecht. Diese
 brutale Bestimmung ist ein direktes Ausnahmengesetz gegen die
 Arbeiterklasse, denn gerade sie, und ausschließlich sie,
 ist von der kapitalistischen Wirtschaftsweise dazu verdammt,
 fort und fort den Wohnort zu wechseln. Eine einzige frivole
 Auslieferung zwingt oft Tausende von Arbeitern, den Ort
 zu verlassen. Die Wohlstandsmenschen durch die wirtschaft-
 lichen Wandlungen wird beim Proletariat auch noch durch die
 Rechtslosigkeit durch die politischen Wandlungen (für ein
 Jahr) stummgemä unverwundbar, so daß es schier ausgeschlossen

erschien, daß die sozialdemokratische Fraktion vier, sechs, meinetens und schließlich acht protestarischen Ausnahmestimmen jantionieren konnte.

Der Charakter dieser beiden Bestimmungen als Ausnahme-gesetz gegen die Arbeiter wird ausdrücklich bestätigt durch die weitere Tatsache, daß alle Beamte und Pfaffen nicht drei Jahre im Reichslande, sondern nur ein Jahr dort zu sein brauchen, um das Wahlrecht zu haben. Damit sichern sich die Reichsbehörden eine zuverlässige Regierungstruppe - gegen die Opposition!

Da das Wahlrecht nicht allgemein ist, kann es auch nicht gleich sein, trotzdem die Stimmen der Ausgewählten und Vorwählten anscheinend die gleiche Kraft haben. Nur das Proportionalwahlrecht ist ein gleiches, da sonst durch ungleiche Wahlkreisabteilung und Arithmetik das beste Wahlrecht immer wieder zur Karikatur gemacht wird. Man sehe doch das „gleiche“ Reichstagswahlrecht! Ein in seiner Wirkung ungleiches Wahlrecht ist kaum noch denkbar. Im Elsaß wird das von der Regierung und dem Zentrum in ganz - gleicher Weise so gemacht und gebahnt werden. Alles in allem: das Wahlrecht der zweiten Kammer ist weder allgemein, noch gleich, enthält im Gegenteil ganz brutale Ausnahmestimmungen gegen die Masse des Volkes.

Uebrigens: das ganze Wahlrecht bezieht sich ja nur auf die sogenannte „zweite“ Kammer! Darüber gibt es noch die „Erste“, auf die das Volk gar keinen Einfluß hat. Hier herrschen die Hohenzollern und die anderen bevorrechtigten Interessen. Die Vorarbeiten sind an sich schon ein Schoß auf jede Demokratie und Volkssouveränität, hier aber ist sie noch besonders gefährlich, weil sie die Fänge des Hohenzollerns in die Hände hat. Endlich ist auch das Subjektrecht noch bedrückend und dergleichen Erbkränklichkeiten mehr. Wir hatten es wohl mit Recht für ausgeschlossen, daß die sozialdemokratische Fraktion dem alles aufheben kann.

Die Größe ist die, daß die Öffentlichkeit durch das Geschick und Gedächtnis der Junker getäuscht wird. Die Herrschaften können nur deswegen so jämmerlich, aber gleichwohl über den „Wiedergang der preussischen Autorität“, daß man nicht merke, wie wenig in Wirklichkeit die reichslandische Verfassungsreform für die Massen zu bedeuten hat. Es wird gut sein, daß man sich im Volke durch diesen großbetwöhnten Waff nicht „blaffen“ läßt.

Politische Uebersicht.

Salle a. S., den 26. Mai 1911.

Die Vertagung des Reichstags.

Dem Reichstage ist ein Antrag zugegangen, seine verfassungsmäßige Zustimmung zur Vertagung bis zum 10. Oktober 1911 zu erteilen. Gleichzeitg damit ging dem Reichstag ein besonderes Diätengesetz zu, das die Entschädigung der Abgeordneten für den Monat Oktober auf 300, für den Monat November auf 400 Mk. festsetzt. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß es dringend notwendig ist, daß der Reichstag eine Anzahl bereits vorberatener Gesetzentwürfe noch erledigt. Eine finanzielle Mischelabteilung des Reiches ist durch die Vertagung nicht zu erwarten, da infolge der Neuwahl nach Ablauf der gegenwärtigen Legislaturperiode die Tagung des Reichstags eine Unterbrechung zu erleiden wird, wodurch Einwirkungen auf den statutenmäßig zur Vertagung lebenden Entschädigungsgesetzen eintreten werden.

Wir haben über dieser Tage den Stundal berechnelt, daß auch der neue Reichstag von vornherein wieder nur kurze Zeit tagen kann - eine Unterbrechung erleiden“ jüffert man das offiziös - so daß an Erledigung von Arbeiten aus dem Reichen des Reichstags heraus auf seinen Fall gedacht werden kann. Es bleibt also dabei, der Reichstag ist nur ein Anhängel des Bundesrats.

Wenn der Vorhang fällt.

Aus der Komödie des Lebens.

Roman von Jonas Sie.

21. Madch. verb. Was weiß der eine Mensch von anderen? Das, was jeder selbst aus Licht zu bringen weiß! Aber ein wirkliches Verleihen des Auerchen - wie schwer kann man aus der Tiefe des Brunnens herauskumpfen; etwas - etwas - den untersten Schlamm auf dem Grund des Brunnens - den behält man zurück. Wenn man mit einem selbst alle Räume des Verleihenens durchleuchtet, so läme man hinter eine ganz verblüffende neue Etage - einen Dunkelraum auch unter dem Haus. Frau Anna hatte ihres Mannes düstere Miene beim Frühstuck wohl bemerkt. Sie hatte gemerkt und gemerkt auf ihn und wanderte nun am Vermittlung in einer gewissen Unruhe umher, um zu sehen, wo er hiedte. Endlich fand sie ihn mit in den Händen vergrabenen Kopf in einem Rauchsalon sitzen. Aber Hebbler, Hebbler Jon, was fecht dir? Du machst mich ganz bang! Was fecht dir? - Tarr! Ich dir nicht einmal das Haar aus der Stirn streichen? Kopfhörner? - Ich habe fürchterliche Kopfhörner! - „Nimm doch - ich werde dir einen Effigamidiolus maden!“ - „Ach danke - ich brauche keinen Effig!“ - „Aber, Hebbler Jon, du wirst mich doch nicht von dir wegstoßen?“ - „Ist nicht doch, daß ich allein fecht möchte!“ - „Allen - ohn mich? O Jon - gerade, wenn du krank bist! Hebbler, denke doch daran, daß es nur deine Herren sind, die die alles so schwarz malen.“ An ihrem Gesicht arbeitete die Antrengung, den in diesen letzten Awei, drei Jahren immer höher und höher steigenden Schrecken zu beherrschen. Sie empfand es jedesmal wie Eisesfalte, wenn der böse Geist über ihn kam. Aber sie hatte sich daran gewöhnt, ihn mit betterer Miene und ihrer unbestimmten Stimme gegenüber zu treten. Jetzt jedoch wurde sie hortenlos und warf sich vor ihm auf die Knie. „Zu dir bringst kam ihr der Gedante, dein Geist konnte ich verwerben haben.“ - „Wir wollen unterhen - und wieder in unter alles sein zurück. Jon - hast du - Jon?“ - „Schweigschelte und freude die fechten an ihm herum.“ - „Recht so - ja, gewiß - kein - kein!“ - „Es ist immer dasselbe Lied! - Was danke - und uns amüßeren!“ - „Das kannst du nicht im Ernst meinen, Jon - als ob ich dich nicht aus all der drückenden Enge herausheben würde.“ - „Mein Freund - mein einziger, geliebter Freund!“ - „Er fecht sich mit einem plötzlichen Aufgerade.“ - „Sie und da ist auch einmal ein Weiser verdrückt, weißt du?“ - „Ist er mit einer Art Galgenhänger.“

Witwen- und Waisengesetz.

Das Einführungsgesetz zur Reichsversicherungsordnung bringt für die Witwen und Waisen eine schlimme Enttäuschung. Wiederholt ist auf die geringe jämmerlichen Beträge hingewiesen worden, die den Witwen und Waisen zugebacht sind. Neben dem Reichszulufte von 50 Mk. zur Witwenrente, 25 Mk. zur Waisenrente und 10% Mk. zur Waisenrente sollen den Witwen und Waisen für den Verlust der Beitragsverpflichtung und der Erhöhung der Wochenbeiträge von 2, 4, 8, 10 und 12 Bfg. nach § 1277 von der Versicherungsanstalt gezahlt werden: den Witwen ein Zulufte von drei Monatsrenten, den Waisen - wenn ein Kind vorhanden ist - von zwei Monatsrenten und für jedes weitere Kind ein Vierzigstel des Grundbetrags und der Steigerungssätze der Invalidenrente, die der Empfänger außer seines Todes bezog oder bei seiner Invalidität bezogen hätte. Nun zeigt aber das Einführungsgesetz, daß diese Bestimmung nichts anderes als eine Vorpiegelung falscher Tatsachen bedeutet. Man hatte ausgerechnet, daß schon 1912 Witwenrenten von 119,30 Mk. möglich wären. Nun heißt aber Artikel 59 des Einführungsgesetzes:

„Für die Hinterbliebenen, das Witwengeld und die Waisenrente sind nur die Beiträge anzurechnen, die für die Zeit nach dem 1. Januar 1912 geleistet worden sind.“

Die Witwenrente beträgt daher nicht, wie man auf Grund des § 1277 der Reichsversicherungsordnung berechnet hatte, 119,30 Mk., sondern nur 50 Mk. Die Witve verliert also den Anspruch auf Beitragsverpflichtung im Betrage von 100 Mk. und erhält dafür gar nichts; denn die Versicherungsanstalt, die den Betrag für Beitragsverpflichtung bezahlt, braucht keinen Frenig Zulufte zur Witwen- und Waisenrente zu zahlen. Es wird den Witwen geben, die 1912 durch die Witwen- und Waisenverpflichtung 190 Mk. an Beitragsverpflichtung verlieren. Dieser Verlust tritt ein, wenn der verlorene Mann vom 1. Januar 1911 bis zum 31. Dezember 1912 zur Beitragsklasse 4 und leitenden Beitrage zur Beitragsklasse 5 gezahlt hat.

Dieser Ausgang der schwarzblauenationalliberalen Sozialreform des Herrn v. Bethmann Holweg!

Das Fiasko der Zündwarensteuer.

Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf zugegangen betreffend die Aenderung des Zündwarensteuergesetzes. - Daß nach so kurzer Zeit bereits eine Aenderung des Gesetzes vorgenommen werden muß, ist ein Beweis für die unglückliche Schimpferei, mit der der Schnapfabrik seine Steuererhöhung gemacht hat. Das bestehende Zündwarensteuergesetz hält den Konsumanten auf 6 Jahre hinaus jede Konsumierung von Halbe. Der Rückgang im Verbrauch an Zündwaren und die Vorerforderung zur Einführung der Steuer waren aber so enorm, daß die Konsumanten behaupten, auch nach 6 Jahren noch nicht in der Lage zu sein, ihren vollen Betrieb wieder aufnehmen zu können. Sie verlangen eine Schulpfist von mindestens 15 Jahren in der Erwartung, nach einigen Jahren die Preise in die Höhe treiben zu können. Die Regierung will diese Schulpfist nunmehr auf 10 Jahre schenken wissen und beabsichtigt vor allen Dingen, das Jahreskontingent ertens herabzusetzen und zweitens auf die einzelnen Fabriken anders zu verteilen. Das erstmalig festgesetzte Kontingent übersteigt nämlich den tatsächlichen Verbrauch bei weitem.

Dem neuen Reichstag wird dann ganz bestimmt ein Gesetzentwurf über die Bekämpfung der Zündwaren-Ertragmittel zugehen, ein Vorschlag, den die Zündwarenindustrianten schon jetzt mit allem Nachdruck vertreten. Daß man dem jetzigen Reichstage eine solche Vorlage nicht mehr zugehen läßt, erscheint im Hinblick auf die Vermittlung der Wählermassen sehr begründet. Die jetzige Vorlage zeigt aber, daß sich die Regierung und die Parteien des schwarzblauen Wafes über die Wirkung der Zündwarensteuer in einem spözeren Irrtum befinden haben.

Deutsches Reich.

- Das Kurpfälzer-Gesetz. Die Kurpfälzer-Kommission des Reichstags hat die Weiterberatung des Gesetzes bis auf den Herbst verschoben. Durch fleißige Arbeit soll es gelingen, das Gesetz dann völlig durchzubekommen. Wenn man bedenkt, daß die Kommission 25 Sitzungen brauchte, um die ersten fünf Para-

graphen teilweise fertigzustellen, dann wird man sich diese schnelle Durchberatung im Herbst allerdings nicht recht glauben können. Die Regierung will auf der Grundlage der Kommissionsbeschlüsse dann dem neuen Reichstag wieder einen Entwurf vorlegen, der diese Materie regeln soll.

- Bayrische Gerechtigkeit ist wie die preussische. Ein Schwamm in Mitteldeutsch hatte feinerzeit nachts auf einem Plage der Stadt einem betrunnenen Arbeiter, der den üblichen Alkoholabund machte, mit dem Gummihüpfel ein Auge vollständig ausgeklagen. Vom Schwurgericht Amberg wurde der Schwamm freigesprochen, da die „Mösch“ nicht als erwiesen angenommen wurde. Dieser Tage wurde nun gegen den seines einen Auges beraubten Arbeiter vor dem Schwofengericht verhandelt. Es ergab sich, daß er lediglich „groben Unfug“ verübt, der mit fünf Tagen Haft als gefehnt erachtet wird. Also nicht einmal der berühmte „Widerstand“ lag vor, und trotzdem mußte er zum Krüppel gefchlagen werden. Es lebe der allmächtige Schwamm!

- Landtagswahlkampf in Württemberg. Dienstag fand im württembergischen Oberamt Leobenberg der zweite Wahltag statt. Da die Volkspartei sich zu einer offenen Unterbrechung der sozialdemokratischen Kandidaten nicht entschließen konnte, ließ sie behaupten, ihren Anhänger nicht durchaus sicher zu sein, fanden sich wiederum drei Kandidaten gegenüber. Es erheben: der Bauernbund, Reichstagsabgeordneter Roth 2808, der sozialdemokratische Kandidat Schumacher 2564 und der Volkspartei Kandidat Hartmann 1423 Stimmen. Roth ist somit gewählt. - Im ersten Wahltag erhielt Roth 2425, Schumacher 2106 und Hartmann 1790 Stimmen. Während also der Volkspartei 356 Stimmen weniger erhielt, hat die blühendste Kandidatur eine Steigerung um 384 und die sozialdemokratische Kandidatur eine solche um 488 Stimmen erfahren. Die letzte Steigerung ist auf Herabsetzen der Sozialdemokratie und zum letzten Teil auf den Verlust sozialdemokratischer Stimmen zurückzuführen. Die Volkspartei trägt Schuld an der Auslieferung des Wahlkreises an den Bauernbund. Zwar ist die Zurückhaltung der sozialdemokratischen Kandidatur in diesem Falle an sich nicht zu beanstanden, die Volkspartei hätte aber zeigen müssen, daß die Zurückhaltung lediglich den Zweck hat, den Übergang von Stimmen auf den Bündler zu verhindern. Ihre Agitation ließ jedoch diesen Zweck vollständig vermissen. Eine Wiederwertung wäre, wie das Ergebnis zeigt, verhältnismäßig leicht zu bewerkstelligen gewesen.

England.

Die „höchsten Herrschaften“ in tausend Klängen. Demnächst wird Georg V. in „feierlicher“ Weise und mit großem Pomp und allen bei solchen Anlässen üblichen Prunk und Gepränge dem sogenannten Krönungsakt an sich vollziehen lassen. Bei der Krönung in England, auch nur wenig Bedeutung, und in der Krönungsfeierlichkeit nicht viel mehr, so weil die Krönung die prunkhafte Krönungsfeierlichkeit dem Königtum im Volke noch immer eine Art Nimbus; ein glänzendes Schauspiel ist da noch immer keine Anziehungskraft aus. Natürlich hat Georg alle seine europäischen Statthalter eingeladen, und London wird in den Tagen der Krönung eine illustre Gesellschaft abstrichter Potentaten in seinen Mauern bergen. Diese den Völkern treuen und löblichen Königs-, Serzogs- und Fürstentum bedürfen natürlich sorgfältigen Schutzes, damit sie nicht etwa in die gefährliche Nähe eines „Mordchens“ geraten, und so ist die Verantwortung, die die englische Regierung auf sich genommen hat, keine geringe. Auf der Erde geht es ja, da kann man durch Wolke, Detonations und Militär einen Schutz, um die Majestät zu lassen, aber in den Tagen, wo die Krönung im Gange ist, sind die Krönung und die Krönung sind schon schwieriger. Anwesenheiten und Könige und Fürsten sind deren Einrichtungen, die eigentlich gar nicht mehr zusammen in das gleiche Zeitalter hineinpassen, und wenn Königsernennungen, wie uns erzählt wird, göttliche Einrichtungen darstellen, so bleibt nur die Vermutung übrig, daß Altköniginnen „Werde des Zeufels“ sind! Wie leicht könnte nicht während der Krönungsveranstaltung in London aus so einem Zufallschlag etwas herunterfallen, und dadurch schließlich gar den Völkern Europas unermessliche Schäden zugefügt werden. . .

Fraulein Morland wollte ihm zum Fechtstund mitnehmen; aber er amüsierte sich zu Kölich. - Alle Vorstellungen waren umsonst - sie brachte ihn nicht von der Stelle. Der Braumantel, der augenscheinlich ein gewisses Interesse für den Reiten gewonnen hatte, verfolgte den Kampf mit einer nicht unüberwindlichen Sicherheit. Das Kind ist doch sicherlich nicht älter als fünf Jahre!“ - „Nicht ein halbes“, berichtete Fraulein Morland. - „Ich meine, er weiß er noch aus vollen Kräfte opponiert!“ - „Soweit ich aus eigener Erfahrung weiß, wird der Mensch nicht älter als sieben oder acht Jahre, ehe der letzte Rest seines Geistes und seines Willens verwinden ist. Man kann dann schon an ihn zu werden - von Misslingen angeht - und wird vom Wind getrieben, wie er eben gerade bläst. Alle die übrigen Jahre, bis man so alt wird wie Abraham, sind nur Fellesein im Wasche des Lebens. Alle, die wir uns umher sehen, sind Reiter, die sich nur treiben lassen.“ - Das Kind, als ob durch die neue Bewusstheit ein Pfecht-schauer ginge - rief sie, mit einem sornigen Feuer in den Augen. „Und all die Mutter ringum auf der Erde - die ihr bestes Leben für ihre Kinder geben, die ihnen voll Sorge folgen, bis sie selber - wie oft! - erschöpft zusammenbrechen, sie nicht danach fragen, ob es wieder und wieder ein Pter feht gilt.“ - „Und nicht einmal daran denken, was sie getan haben! Und ob die Abrahams und Sarahs Arbeit erwidern - dieses Gefühl erleidet nie!“ - „Auch Sie haben doch einmal eine Mutter gehabt, Herr - Herr.“ - „Das ist eine ich aus dem entzündlichen“, erwiderte der Braumantel. „Sie, die man meine Mutter nannte, amüsierte sich tatsächlich, ehe und war, auch ich bei dem Gedanken, daß ihre Schwelger durch meine Ankunft in der Welt gerührt werden konnte!“ - Fraulein Morland sah plötzlich leidend auf ihn, streifte dann Ginnar mit einem Wid und rief: - „Er, arme kleine! Auch er hat keine Mutter gehabt!“ - „Mein, Mutter achte!“ - „Mein, Mutter, ich führe sie nach einer Stunde fort.“ - „Sie kann dir das ersetzt werden, armer kleiner Ginnar!“ - „Mich dünkt, ich erinnere mich aus meiner frühesten Kindheit - sprach sie leicht weiter - „meine Mutter hatte mich neben sich in das Gras gelegt.“ Sie plauderte und trillerte und schief und griff nach gelben Blumen und nach Äpfeln, die auf den Grasblättern umhertruden - „Ach - wie alles so leicht war! - Glauben Sie mir, ich bin nicht die ganze Welt strahlend und frisch!“ - „Nurden und Bringen - und Zunderwerk und Lüge -“ - „Der ewig schamant!“ - sagte der Braumantel und ging langsam weiter. - „Einer oder der andere bläst den Wind an und tut sich als Prophet und Selbstherrlicher empor!“

Dieser Gefahr muß vorbeugt werden, das hat auch die englische Regierung rechtzeitig erkannt und dem Ernst der Situation entsprechend Rechnung getragen. Man wird einfach das Riegen während der Strömungsstärksten fortgesetzt werden.

Auf eine Anfrage im Unterhause, ob die Regierung beabsichtigt, ein Gesetz einzubringen, das den Flug von Aeroplanen während des Kronenfluges verbietet, erklärte Churchill, daß ein Gesetz, welches sich mit dieser offensichtlichen Gefahr befaßt, in Vorbereitung sei und daß er mit einer Annahme des Gesetzes rechnen könne. Das Gesetz werde nur eine kurze, vorläufige Verfügung bilden, da eine eingehendere gesetzliche Regelung dieser Frage in Vorbereitung sei.

Sich Vaterland magst ruhig sein . . .

Frankreich.

Arbeiter und Minister.

Daß der auf so tragische Weise ums Leben gekommene Kriegsminister Verteaug auch bei der organisierten französischen Arbeiterschaft Achtung und Hochachtung genöß und daß seine Verdienste Würdigung fanden, geht aus folgender Pariser Meldung des V. L. hervor: Verteaugs Begräbnis wird durch eine bemerkenswerte Ehrung demütigend sein. Zum ersten Male werden sich Arbeiterdeputationen durch Abordnungen an der Leichenfeier eines Ministers der Regierung beteiligen. Die funktionsfähigen Arbeiter und Mitglieder der Gewerkschaften haben beschlossen, eine Delegation zur Beistandung des Bürger Verteaug zu entsenden, um ihm den Dank für die Sympathien auszubringen, die er ihrer Sache stets bewiesen hat. Andere Syndikate der Eisenbahnarbeiter haben Kondolenzschreiben an Madame Verteaug gefandt. In der Nacht vom 23. zum 24. Mai wurde ein solches Lager kommen.

Belgien.

Demonstrationen gegen das Heritale Schulgesetz.

Dem ununterbrochenen Meigen von Protestveranstaltungen gegen das Schulgesetz schloß sich am Sonntag die gewaltige Genter Manifestation an. Gut 20.000 Menschen schritten in Zug, darunter Hunderte von Teilnehmer aus den Ostschiffen und Dörfern der belgischen Provinz. Auf den Bühnen der Manifestanten, auf Tafeln und Schildern stand in allen Variationen der Protest gegen das Heritale Schulgesetz zu lesen. Ebenso lehrte die Forderung nach allgemeinem Wahrsrecht immer wieder. Auf Wörtern mit entsprechenden Allegorien las man: 20 Millionen für die Höfster! Und: Nieder mit dem Schulgesetz — die Höfster beugen Millionen. An die Versammlung im Kasino sprachen neben liberalen Deputierten für die Sozialisten Benoît Stassens (flämisch) und Baudouin. Die Manifestation war eine gemeinsame Veranstaltung von Sozialisten und Liberalen — doch überwiegend natürlich, wie dem Vorwärts aus Brüssel berichtet wird, bei weitem das Arbeiterelement. — Minister Schollaert wird auch nach dieser Manifestation behaupten, daß das Land für das Schulgesetz begeistert ist.

Portugal.

Vor den Wahlen

Paris, 23. Mai. In einer Unterredung, die der Liffabener Korrespondent des Petit Parisien mit dem Präsidenten

der Republik über die bevorstehende Wahl hatte, sprach Braga die Ansicht aus, daß die Wahlen sich in größter Ruhe vollziehen würden. Das Ergebnis derselben werde endgültig die Republik befähigen. Kein Anhänger des früheren Regimes wird in der neuen Kammer vertreten sein, da bisher kein einziger Gegner der Republik seine Kandidatur aufgestellt habe. Auf die von dem Korrespondenten hierüber ausgesprochene Vermutung erklärte Braga, die monarchistischen Parteien in Portugal existierten so gut wie gar nicht mehr, denn niemand wolle eine Dynastie unterstützen, welche das Land jeden Tag diskreditierte und solche öffentliche Verber verschleudere.

Die Beweise dafür, wie die für die Schuld des Königs Manuel, erbringen wie der Öffentlichkeit jeden Tag.

In Coimbra haben neue Verhaftungen von Monarchisten stattgefunden, in Vila Rica dagegen ist alles ruhig. Eine Karte republikanischer Mehrheit für das portugiesische Parlament scheint gesichert. Die Verhaftung der nördlichen Garnisonen erfolgt besonders auch deshalb, weil die royalistischen Offiziere in den dortigen Provinzen den Versuch machen, die Truppen für ihre gegen das neue Regime gerichteten Pläne zu gewinnen.

Mexiko.

Die neue Regierung.

Mit der Bildung einer neuen Regierung, die sich in der Mehrzahl aus Revolutionären zusammensetzen wird, macht man jetzt Ernst. Madero wurde am Mittwoch von dem erfolgten Rücktritt des Vizepräsidenten Gorral verabschiedet. Man erwartet, daß Präsident Diaz in den nächsten Tagen gleichfalls zurücktritt. Man beachtlich, sich dann sofort nach Mexiko zu begeben.

Die Stadt Mexiko von den Revolutionären erobert.

Reynosa, 23. Mai. Die Stadt Mexiko ist in den Händen der Rebellen, nachdem die ganze Nacht hindurch die Rollen die Straßen unter Demonstrationen durchzogen hatten. Präsident Diaz ist in seinen von Truppen umstellten Palast eingeschlossen. Alles ist zur Nacht nach Vera Cruz und von dort auf ein deutsches Schiff bereit, doch dürfte die Reise dorthin schwer werden. Da das Land von Vera Cruz bis zur Stadt Mexiko größtenteils in den Händen der Rebellen ist. Unruhen brachen vorgestern nach auf der Tribüne der Deputiertenkammer aus, als angekündigt wurde, der Rücktritt Diaz' könne nicht vor dem 26. Juni zu erwarten sein. Die von der Galerie geworfene Menge durchzog die Stadt unter Ausrufen: „Es lebe Madero! Nieder mit Diaz!“ Endlich schlossen sie sich vor Diaz' Palast auf, um es zu einem Kontontere mit den Truppen und der Polizei kam; diese feuerten mehrere Schüsse ab; die Zahl der Toten beläuft sich auf 27, die der Verwundeten auf 40. Die Menge zündete das Gebäude des nationalen Organs de Imperial an. Vor demselben gaben die Truppen wiederum eine Salve ab. Der strömende Regen, welcher einsetzte, trieb die Massen endlich auseinander. Am Mittwochabend sammelte sich die Menge aufs neue, und gegen Morgen kam es wieder zu Auftritten. Auch an anderen Orten sollen Unruhen ausgebrochen sein. Es verläuft, Figueroa

marßierte mit einer starken Truppenmacht gegen die Hauptstadt.

Gewerkschaftliches.

Der drohende Streik im Berliner Bädergewerbe.

Eine Vertrauensmännerverammlung der Bäder erklärte, daß nach Ablehnung des Schiedspruchs durch die Innungen nun auch die Beschäftigten nicht mehr auf den Schiedspruch gebunden erachtet, doch sollt die von den Beschäftigten aufgestellten Forderungen nicht zu weit über den Schiedspruch hinausgehen.

Da mit Sicherheit auf einen Kampf zu rechnen ist, so rufen die Bäder schon rechtzeitig Bau. Sie behaupten, daß die zu den neuen Bedingungen arbeitenden Beschäftigten bei einem Verdienst von 30 Mk. pro Woche 4 Mk. zur Unterhaltung der Streitenden zu zahlen haben. Die bis zu 35 Mk. Wochenverdienst haben, zahlen 4,50 Mk. und die über 35 Mk. verdienen, zahlen 5 Mk. Die an der Bewegung Nichtbeteiligten zahlen, während der Zeit des Kampfes doppelte Beiträge. Bei diesem Kampfe wird die Arbeitswilligenaufahrt nach Berlin eine besondere Rolle spielen. Die Bädermeisterungen, von denen in jedem kleinen Orte Bauislands eine besteht, machen sich in diesem Falle die Verfolgung ihrer bedrängten Kollegen mit Arbeitswilligen zur besonderen Pflicht. Beschäftigten werden in den kleineren Orten aus ihrem jetzigen Arbeitsverhältnis ohne Entgelt der Kündigung gerufen, um unter bedrohlichen Angeboten nach Berlin als Hausceher abgehört werden zu können. Im Interesse der guten Sache der kämpfenden Berliner Bäder ist auf die in nächster Zeit aus anderen Städten abreisenden Bäder ein besonderes Augenmerk zu richten.

Wasserstände.

Ort	23. Mai	24. Mai	25. Mai	26. Mai
Alten, Brückenpegel	+0,47	+0,46	0,01	—
Nebra, Oberpegel	+2,02	+2,02	—	—
Unterpegel	+1,32	+1,30	0,02	—
Wettzell, Oberpegel	+2,44	+2,42	0,02	—
Unterpegel	+0,20	+0,16	0,04	—
Trotzla	+1,88	+1,84	0,04	—
Altleben, Oberpegel	+2,44	+2,38	0,06	—
Unterpegel	+1,60	+1,42	0,08	—
Rernburg	+1,09	+0,98	0,11	—
Kalbe, Oberpegel	+1,44	+1,51	0,03	—
Unterpegel	+0,70	+0,58	0,12	—
Elbe.				
Dresden	+0,03	-0,24	0,21	—
Lorau	+2,34	+2,18	0,16	—
Wittenberg	+2,06	+1,92	0,14	+0,05
Roblau	+2,34	+2,43	0,09	—
Burau	+2,32	+2,38	0,06	—
Magdeburg	+1,88	+1,92	0,04	—

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

Millionen tragen unsere

mit Marke „Condor“ geschützten
unvergleichlich preiswerten Schuwaren!



•Erstklassige Qualitäten•
•Neueste Mode-Formen•

•Grösste Leistungsfähigkeit durch direkten Verkauf•

Kinder-Stiefelchen, braun u. schwarz, entzückende Neuheiten!

Damen-Schnürstiefel

- weiss, grau und braun Leinen, Derby-schnitt, leicht und elegant . . . 650
- fein Chromleder mit Lackkappen, extra preiswert . . . 650
- braun echt Chevreau, ohne Konkurrenz 675
- braun echt Chevreau n. Lackkappen, oder schwarz Chromleder mit Lackkappen, Derbyschnitt, amerik. Form und Absatz 750
- braun u. schwarz Chevreau, breite moderne Formen . . . 850
- braun u. schwarz Chevreau, od. schwarz Boxkalf, mit und ohne Lackkappen, auch in Derbyschnitt, neueste Fassons und Absatzformen . . . 1050
- ff. braun u. schwarz Chevreau, schwarz Boxkalf, m. u. ohne Lackkappen, auch in Derbyschnitt „Goodyear-Welt“-Ausführung 16.50 14.50 1250

Dam.-Mode-Halbschuhe

- schwarz und braun
- mit u. ohne Lackkappen, auch in Derbyschnitt, in reisselnden Formen 12.50 10.50 8.50 7.50 8.75 590
- braun u. schwarz Chevreau mit eleg. Stoffeinsätzen, letzte Neuheit 750

Cennisschuhe u. Stiefel - Coruscchuhe

- Reform-Sandalen - Reiseschuhe -
- Spangenschuhe - Hausschuhe -
- Panfotief -

Herrn-Schnürstiefel

- fein Boxleder oder Chromleder; Lackkappen, moderne breite u. schlanke Fassons 750
- braun echt Chevreau, hervorragend preiswert . . . 850
- braun Chevreau mit Lackkappen, elegante Passform . . . 950
- schwarz Chevreau, mit und ohne Lackkappen, moderne Ausstattung . . . 1050
- braun Chevreau, Derbyschnitt, aparte schlanke Fasson, oder schwarz Boxkalf, elegant und solide 1090
- ff. braun und schwarz Chevreau oder Boxkalf, mit und ohne Lackkappen, auch in Derbyschnitt, „Goodyear-Welt“-Ausführung 16.50 14.50 1250

Condor-Patent-

Herrn-Schnürstiefel ohne zu schnüren
D. R. P. 174 209
in den beliebtesten Lederarten und Farben
zu 11⁵⁰ 14⁵⁰ 16⁵⁰

Mädchen- u. Knabenstiefel

- braun echt Ziegenleder
- Gr. 25-26 370 27-30 450 31-35 530
- fein Boxleder, elegante breite Formen
- Gr. 25-26 27-28 29-30 31-33 34-35
- 430 460 490 530 570
- braun echt Chevreau, moderne breite Form
- Gr. 25-26 27-28 29-30 31-33 34-35 36-38
- 475 525 575 625 675 760
- mit Lackkappen 50 Pf. mehr.

Conrad Tack & Cie. nur Schmeerstr. 1.

Schuhfabrik BURG b. M.

125 eigene Filialen.

Über 2000 Angestellte.

Halle a. S.,

Unsere gesamten Konserven-Läger

stellen wir von Sonnabend ab wegen Verlegung unserer Abteilung Lebensmittel zum ausserordentlich billigen Extra-Verkauf.

Für Hotels, Restaurateure und Pensionate denkbar günstigste Kaufgelegenheit.

Junge Schnittbohnen 2 Pfd.-Dose 25 Pf.	Junge Brechbohnen 2 Pfd.-Dose 27 Pf.	Junge Wachsbohnen 2 Pfd.-Dose 30 Pf.
Jg. Karotten 1 Pfd.-Dose 20 Pf. Jg. Karotten 2 Pfd.-Dose 32 Pf.	Kaiserschoten 1 Pfd.-Dose 50 Pf. Reineclauden 2 Pfd.-Dose 78 Pf.	Schnittspargel 2 Pfd.-Dose 60 Pf. Stangenspargel 2 Pfd.-Dose 1.10
Tomatengurke 1 Pfd.-D. 35 Pf. Leipz. Allerlei Ia 2 Pfd.-D. 85 Pf.	Morcheln 2 Pfd.-Dose 1.35 Pfefferkörn 2 Pfd.-Dose 95 Pf.	Schnittspargel I 2 Pfd.-D. 78 Pf. Stangenspargel I 2 Pfd.-Dose 1.25
Teltower Rübch. 2 Pfd.-D. 68 Pf. Jg. Erbsen fein 1 Pfd.-D. 34 Pf.	Steingilze 2 Pfd.-Dose 1.10 Leipz. Allerlei I Pfd.-Dose 28 Pf.	Schnittspargel, pr. 2 Pfd.-D. 95 Pf. Stangenspargel Ia 2 Pfd.-D. 1.45
Junge Schnittbohnen 4 Pfd.-Dose 45 Pf.	Junge Kohlrabi 2 Pfd.-Dose 25 Pf.	Extrafelne Erbsen 2 Pfd.-Dose 68 Pf.
Zitronen 4 Stück 10 Pf. Fr. Stachelbeeren Pfd. 18 Pf.	Kakao Pfd. 60 Pf. Pralines 1/4 Pfd. 18 Pf.	Sobokel-Pflanzchen 1/4 Pfd. 18 Pf. Erbwürste 3 Stück 25 Pf.
Rhabarber Bund 5 Pf. Puddingpulver 10 Pack 38 Pf.	Hausch.-Schokolade Pfd. 58 Pf. Creme-Schokolade 1/4 Pfd. 15 Pf.	Himbeerstrup Flasche 50 Pf. Bouillonwürfel 10 Stück 18 Pf.
Kaiserschoten extrafina 2 Pfd.-Dose 92 Pf.	Marmelade 5 Pfd.-Eimer 95 Pf.	Gemischte Früchte 2 Pfd.-Dose 75 Pf.

Frischer Spargel 12 Pfd. 50 38 28 Pf. **M. BÄR** Nachf. Frische Salatgurken 15 25 20 Pf.

Grosse Ulrichstrasse 54.

Könnern. Zum Pfingstfeste

empfehle ich ganz besonders meine Spielmarke Tafel-Margarine

Muldenperle

zum Backen, Braten und als Brotaufstrich.
Um nun noch weitere Kreise mit dem vorzüglichen erstklassigen

Butterersatz

bekannt zu machen, verkaufe ich vom 26. bis 29. Mai 1911

1 Pfund Muldenperle Tafel-Margarine zusammen für
und
1/2 Pfund Blockschokolade garantiert rein oder nach Wahl
1 Dose, ca. 1 Pfund Fruchtbonsons brutto **90** Pf.

Hochachtungsvoll
Adolf Bachmann.

Keine Schreier! sondern Tatsache ist es,

dass Sie Herren- u. Knaben-Anzüge sowie einzelne Jacketts, Hosen u. Westen aus nur besseren Stoffen modern u. gut gearbeitet, ferner Arbeiter-Garderobe für alle Berufe, nur dauerhafte Ware, am billigsten kaufen im

Ausverkauf bei J. Rogozinsky,

Markt, im roten Turm, dem Siegesdenkmal gegenüber.

Dieselbst ein Posten Knaben-Waschhosen, Grössen von 8-15 Jahren, so lange Vorrat reicht, à Paar 1,25 Mark.

Neu eröffnet! Dessauerstr. 2.

Hermann Schulz,

Ecke Dessauer- und Hollystrasse, am Rossplatz.

Empfehle:

Manufaktur-, Kurz- u. Weisswaren

Spezialität: Schürzen, schwarz, weiss und bunt in allen Preislagen.

Massanfertigung für Hausmädchen- u. Servierkleider, Morgenröcke, Kinderkleider u. Blusen.

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Schnell und Billig! Sauber, gutsendend!

Gut. bürgerl. Privat-Mittagstisch 3. möbli. Breiten 12-2 Uhr, 1. Bombewerter auch abends Friedrichstr. 6. I. B.

Parteischriften empfiehlt die Volksbuchhandl.

Zu enorm billigen Preisen verkauft das Warenhaus

Rob. Junge Nachf.,

Elsterwerda:

Damen-, Herren- u. Kind-Konfektion, Wollwaren, Hüte, Mützen, Wäsche, Kostümröcke, Krawatten, Schirme, Stöcke usw.

Grösste Auswahl. Tadelloser Sitz.

Neu! Neu!

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek.

Heft 26: Die Krankheiten des Ohres, der Nase und des Rachens. Von Dr. Hans Scherwin. Art. in Berlin. — Preis 20 Pfg.

Heft 27: Sport und Arbeiter. Von Dr. R. Silberstein. — Preis 20 Pfg.

Zu beziehen durch die

Volks-Buchhandlung,

Halle a. S., Harz 42/43.

Morgen, Sonnabend

beginnt unter großer Extra-Verkauf in Damenkonfektion u. -Hüten.

Durch vorläufigen Einkauf bei ersten Lieferanten beschaffen wir uns enorme Vorräte in diesen Artikeln, in einfach ansehender und bester Ausführung. Es handelt sich durchweg um erstklassige Qualitäten, die wir infolge des überaus günstigen Einkaufs zu **empfindlich billigen Preisen** zum Verkauf bringen.

Runde u. Toque-Hüte, schwarz u. farb. Seidens, Seides- und Blumengarnitur, Stoffhaar- und Strohhüte
à 17.00 12.00 9.75 7.50 5.50 4.50 3.75

Zweispitz- und Kinokli-Hüte, engl. und voll garniert
à 19.00 12.00 10.00 9.75 7.50 5.85 3.75 3.25

Blumenhüte, schwarze u. weisse Hüte, ganz richtige Ausmahl
à 18.00 13.00 10.50 8.25 6.50 4.75

Kinderhüte zu billigsten Preisen.

Ein Damen-Staubmäntel u. -Paletots in eleganter Ausführung, helle, mittelfarbige sowie aparte Muster, in englisch getreilt, auch für starke Damen passend
à 22.50 18.25 16.50 12.75 9.75 7.50 5.50 **4 50**

Ein Leinen-Stoff-Kostüme weiss u. bunt gemustert
à 45.00 38.00 28.00 22.00 **16 50**

Ein Damen-Blusen in Seide und weiß Batist oder Stiderei, in einfarbigen Vollstoffen, Leinen oder türkisgen Satins und Mousseline, Nendensblusen oder Simono-Pajons, gute dicke Verarbeitung, halbfrei oder Steg-tragen
à 25.00 bis 7.50 3.50 4.75 3.50 2.75 1.85 **95**

Ein Schwarze Damen-Paletots prima tiefmarine Tuche und Kammgarnstoffe, lote und anliegende Pajons
à 48 35 24 19 **16 00**

Ein Damen-Kostüm-Röcke weisse Batiststoffe u. Cheviots oder schön gemusterte Stoffe, schöne neue Pajons
à 21.50 18.00 14.50 11.75 9.50 6.50 **3 75**

Schwarze Damen-Jacketts in allen Preislagen.

Kostüm-Röcke für Backische in jeder Größe.

Kleider Mädchen-Kleider gar. waldfarbene Stoffe, h. 100 cm la. à 8.50 8.00 7.50 7.00 6.50 6.00 5.50	Spitzen-Umhänge schwarz u. weiss, hochaparte Ausfüh. à 38.00 28.00 18.00 12.50 6.75	Weisse Stickerei-Batistkleider Simono-Pajon, Saltenröcken, eleg. à 14.00 12.00 10.00 8.00 6.00 4.00
---	---	---

H. Elkan

Halle a. S. Leipzigerstr. 87.

Sehen Sie **Schuh-waren** kaufen, überzeugen. Sie sich ohne Kaufzwang von unserer großen Auswahl; prüfen u. vergleichen Sie immer erst unsere bill. Preise sowie anerkannt haltbare Qualität.

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Junge. — Druck der Halle'sch. Genossensch.-Buchdruck. (G. S. u. S. S.). — Verleger: vormal. Aug. S. Junge u. S. Junge. — sämtl. i. Halle a. S.

Preussisches Dreiklassenhaus.

83. Sitzung vom 24. Mai, vormittags 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation der Abg. Kronjahn (Wpt.) und Gen. betr.

Die Ausschließung des russischen Studenten Dubrowsky von der Universität Berlin.

Die Interpellation lautet: Ist der Kgl. Staatssekretär beauftragt, daß dem russischen Studenten Demetrius Dubrowsky das Studium an der hiesigen Universität verweigert worden ist? Durch welche Organe und nach welchen Grundsätzen wurden in diesem Falle und werden im allgemeinen die politische Zuverlässigkeit und der Wert der erforderlichen Substitutionsorgane bei ausländischen, insbesondere russischen Studierenden geprüft?

Abg. v. Listz (Wpt.) begründet die Interpellation. Er schildert zunächst den schon in der Presse eingehend erörterten Fall des russischen Studenten Dubrowsky, der Selbstmord beging, weil er auf Grund einer politischen Anweisung von der Berliner Universität als politisch unzuverlässig vom Studium ausgeschlossen wurde. Unter Berufung auf zahlreiche Auskünfte und Zuschriften von russischen Behörden und Universitätsmitgliedern führt der Redner aus, es sehe sich, daß die politische Unzuverlässigkeit über Dubrowsky durchaus fest

gewesen und der junge Mann keinesfalls politisch unzuverlässig gewesen sei. Dubrowsky, der Sohn eines Adligen in Petersburg, habe sich am 1. April 1907 in Göttingen dem sozialdemokratischen Presse in antichristlich feindlichen Worten gegen die Universitätsbehörde der hiesigen Universität gemeldet, weil sie hätte sich aufheben müssen gegen das Verlangen der Polizeibehörde. Diesen Vorwurf hätte ich nicht für berechtigt. Die Universitätsbehörde kann sich doch sehr wohl nicht lehnen gegen einen Erlaß, der schon seit Jahren von allen deutschen Universitätsbehörden beobachtet wird. Es ist durchaus notwendig, daß die Universitäten bei der Immatrikulation ausländischer Studenten sehr vorsichtig sind. Die politische Untersuchung muß aber sorgfältiger erfolgen und von dazu geeigneten Beamten auszuführen werden, die von ausländischen Leben berichten. Wenn in der politischen Untersuchung die politische Unzuverlässigkeit eines Studenten und das Vorhandensein von Substitutionsmitgliedern betritten wird, so müßte das auch substantiiert werden. Der Fall zeigt, daß die Schaffung eines Universitätsgesetzes für Deutschland eine bringende Notwendigkeit ist. In die Untersuchung müßte ich die Universitätsbehörden einbeziehen, durch welche die Universitätsbehörden angewiesen werden, die Immatrikulation ohne weitere Begründung abzulehnen, wenn leitens der Polizei die unsubstanziierte Behauptung vorliegt, daß politische Unzuverlässigkeit vorliegt und nicht genügende Substitutionsmittel vorhanden sind. Wenn durch einen solchen Scheinricht die Universitätsbehörden gehalten sind, ohne weiteres solchen politischen Auskünften zu folgen, dann wäre es Zeit, den Erlaß aufzuheben. (Beifall 4. d. Wpt.)

Abg. v. Listz (Wpt.) zu den Rednern: Ich habe schon früher darauf hingewiesen, daß es einerseits ein Trübsal ist, wenn unter Universitäten der Ausländerverkehr in weitem Maße gewährt. Diese Gefahrhaftigkeit kann aber nicht ohne jeden Vorbehalt gemindert werden. Unter den russischen Studenten befindet sich eine nicht geringe Zahl von Elementen, die man nicht so günstig beurteilen kann und die man am besten von unseren Universitäten ausschließen sollte. Die russischen Demonstrationen russisch-politischer Studenten, die im Jahre 1901 in unseren Städten stattfanden, gaben den Anlaß zu einer strengeren Prüfung ausländischer Studierender vor der Immatrikulation. Es ist aber bald keineswegs in energischer, feindseliger Weise verfahren worden, was schon daraus hervorgeht, daß im Jahre 1907 ein russischer Student, der 420 russische Studenten an der Berliner Universität immatrikuliert waren, also fast ein Drittel aller ausländischen Studenten. Das Verfahren bei der Immatrikulation russischer Studierender büffert keineswegs auf einem Geheimerlaß, der die Universitätsbehörden anweist, den Ausstuf des Politischen Präsidiums unabhängig zu lassen. Dubrowsky hat nicht gleich zum Revolver gegriffen, als ihm mitgeteilt wurde, daß die politische Unzuverlässigkeit für ihn ungenügend ist. Er hat aber auch nicht den Rat befolgt, der ihm von der Universitätsbehörde gegeben wurde, sich

in eine bestimmte Stelle in der Polizeipräsidenten zu wenden. Der Selbstmord kann allerdings nicht in Verbindung gebracht werden mit der verweigerten Immatrikulation. Es muß angenommen werden, daß der ausländische Student von vornherein Selbstmordabsichten hatte, er hat ja auch auf dem Brandenburger Tor seinen Tod erklärt, das seine Tat nichts mit der abgelehnten Immatrikulation zu tun habe. So kann man sich die Unzuverlässigkeit seiner Parteigenossen bilden gegen die Unzuverlässigkeitsuntersuchung und sie kann nicht dazu führen, an den bestehenden Umständen etwas zu ändern. (Beifall rechts, Lachen links.)

Minister v. Dallwitz: Die Polizei ist bei ihrer Ansicht auf die von dem Ausländer beigebrachten Unterlagen und die allgemeinen politischen Äußerungen. Eine Nachfrage bei sonstigen ausländischen Behörden findet nicht statt. Dubrowsky hat den referierenden Polizeibeamten gefragt, ob es in Berlin einen politischen Verein russischer Studenten gäbe? Auf die Antwort des Beamten, das es zuerst nur eine russische Landsmannschaft gäbe, der auch Mitglieder der russischen Woiwodschaft als Ehrenmitglieder angehören. Auf diese Dubrowsky antwortete, das sei eine literarische Gesellschaft, die von Politik keine Ahnung habe, es müßten doch in Berlin politische Vereine vorhanden sein, wie sie an den russischen Hochschulen trotz aller politischen Verfolgungen immer noch beständen. (Beifall, heftig rechts.)

Auf Antrag des Abg. v. Listz wird eine Verweisung der Interpellation hat.

Abg. v. der Osten (kontr.): Der vorliegende Einzelfall bietet eigentlich keinen genügenden Anlaß, die Zeit und die Arbeitskraft des Hauses in Anspruch zu nehmen. (Widerpruch durch Zustimmung rechts.) Bei Dubrowsky lag eine Verweigerung vor, die wohl auch den Grund für seine Tat bildet. Die Selbstmorde bei unserer Jugend sind auf gewisse geistige und politische Strömungen unserer Zeit zurückzuführen. Utopische politische Ansichten kommen dabei in Frage, die nur von Reden, aber nicht von Pflichten reben. (Beifall rechts.)

Abg. v. Listz (Wpt.) zu den Rednern: Ich bitte Sie, daß Sie von den Berliner Studenten keine Ahnung haben, denn deren erste Regel ist die Selbsttötung, wie überhaupt bei den Korpsstudenten. (Rufe bei den Gegnern: Selbsttötung beim Ehrenhonorar!) Meine Freunde wünschen, daß die Regierung mit allen Nachsicht und Geduld umzugehen verdient und werden die Regierung unterstützen bei allen Maßnahmen zur Befriedung unserer Völker. (Lachen links, heftig Beifall rechts.)

Abg. v. Kardorff (freisinnl.): Die Erklärungen der Minister befriedigen uns.

Abg. v. König (kontr.): Die Auffassungen der Minister haben ergeben, daß die Universität und Polizei schuldlos sind.

Abg. Dr. Friedberg (natlib.): Man sollte bei der Handhabung der politischen Maßnahmen geeignete Persönlichkeiten mit der Untersuchung betrauen und man sollte auch die

russischen Studenten darauf hinweisen, welche Ausweise sie nötig haben.

Abg. v. Kardorff (Wpt.): Es ist unklar, daß Dubrowsky auf dem Totenbett erklärt habe, sein Selbstmord rühre mit der Immatrikulation in keinem Zusammenhang. Warum hat man denn dem Vertreter der hiesigen russischen Kolonie den Zutritt zu dem Kranke in dem Dubrowsky lag, verweigert? (Beifall links.) Es ist auch von einwandfreien Zeugen festgestellt, daß Dubrowsky auf den Rat des Polizeibeamten, in den Verband der ehrsüchtigen Leute einzutreten, geantwortet habe, er habe keine Zeit, Politik zu treiben. Das Verhalten der Polizei gegenüber ausländischen Studenten ist überhaupt sehr wenig liberal. (Beifall rechts.)

Ein Schlußantrag, der die Sozialdemokraten und die Liberalen machen sollte, wird gegen die Konservativen abgelehnt.

Abg. v. Listz (Wpt.): Die vorliegende Interpellation ist ganz wesentlich mit bezug auf die russischen Studenten und mit dem Verlangen der Fortschrittlichen Volkspartei in Verbindung gesetzt und hatten die Absicht, eine weitgehende Interpellation einbringen. Wir haben die fortgesetzliche Unterföhung nicht erhalten und die Herren haben mir selbst eine abgemildete Interpellation eingebracht. Trotz alledem ist am 24. Mai mit dem Erlaß herangezogen worden, ich solle mich verpflücken, was 10 Minuten zu reben.

(Beifall bei den Gegnern.) Ich habe keine Verpflichtung zur Disziplin und magde das vor aller Öffentlichkeit jetzt als einen Skandal ohnehinsetzen. (Beifall bei den Gegnern.) Es ist ein Skandal, wenn man in einem so wichtigen Angelegenheit einem Abgeordneten Handgefassen entgegen mit ihm hinhern will, das zu sagen, was er pflichtgemäß sagen muß. (Beifall bei den Gegnern.) Es ist mir das allerdings nicht unvorbeachtet gekommen. Ich weiß aus besserer Quelle, daß zwischen den leitenden Beamten der bürgerlichen Fraktionen dieses Hauses bereits Verhandlungen in der Richtung gewissens waren sind, daß es mit Rücksicht auf die engeren Beziehungen zwischen Deutschland und Ausland, die zu bedenken werden sollen, daß russische Angelegenheiten hier zur Sprache kommen. (Beifall bei den Gegnern.) Ich bitte Sie, das weiß ich politisch.

Seit 1903 kamen immer wieder Klagen und Lebensklagen vor, die immer wieder die russischen Universitäten in der Zulassung von Ausländern verweigert. Am 22. Januar 1904 fand über ähnliche Dinge eine ausführliche Erörterung statt. Diese Erörterung glaubte der Minister des Innern, den man so in Bezug auf Politikminister nennen darf, damit abzuwenden zu können, daß er sagte, die preussische Polizei geht aus dieser Angelegenheit mit keinem Schritte hervor. Auf diese lächerliche Proklamation des Ministers folgte bekanntlich die betrübliche Ermahnung des Königsberger Professes. Auch später haben wir uns mit Prozessen beschäftigen müssen, in denen nachgewiesen wurde,

daß russische Studenten von den preussischen Polizei zu Schicksal werden sollten. Dann hat sich eine Ausweisung der 14 russischen Studenten, deren Angelegenheit durch die Namen Wandellmann und Silberbach bekannt geworden ist in Anlehnung an die berühmte „Schwarze“ und „Weißer“ der Fürsten Wilhelms. Ferner wurde ein Fall erörtert, wo ein Polizeibeamter einen russischen Studenten tötete.

Wenn der Minister des Innern, so würde seine Immatrikulation seine Schwärze nicht werden.

Am 22. September 1907 hat der Minister des Innern, von Sommerstein hier im Hause ausdrücklich erklärt, er halte eine solche leise Anfrage seitens eines Polizeibeamten bei einem Studenten, in dessen Wohnung „erfolgreich“ Hausführung abgeschlossen, nicht für ungenügend. Es ist also von dem preussischen Minister erklärt worden, daß er solche Verträge, unter expressiver Aufsicht, Ausländer zur Festung von christlichen Denkmälern- und Spittelbänden zu zwingen, nicht für ungenügend hält. (Beifall bei den Gegnern.) Wiederholt ist von der Polizei und Staatsanwaltschaft erklärt worden, daß die Ausländer in Preußen nicht die gleichen Chancen haben, wie sie den preussischen Staatsbürgern zukommen. Ich brauche nicht darauf hinzuweisen, daß diese Rechtsauffassung den Grundsätzen des Völkerechts widerspricht, abgelehnt aus und von dem Vertrag, den wir mit Ausland im Jahre 1908 abgeschlossen haben. Es ist bekannt, in wie ungläubiger Weise die Polizei immer und immer wieder ihr angeschuldigt hat, daß sie nicht ungenügend ist, die Ausländer zu beschuldigen unter den russischen Studenten ganze Nazionen veranlaßt und alle möglichen Leute auf 14 Tage und länger in Haft setzt.

Der Fall, der und hier beschäftigt, ist eine Tragödie, der niemand sein menschliches Mitleid verlagern können. Aus den Aussagen der Zeugen des Dubrowsky und aller seiner Freunde ergibt sich, daß er ein wahrer Anwalt der Wissenschaft war. Er studierte über die normale Grenze hinaus, die man bei deutschen Studenten findet. Das hat ihn vielleicht der Polizei bereits verdächtig gemacht, die ihn tötete.

Er hat zu viel, die Leute sind gefährlich. (Beifall bei den Gegnern.) Es ist auch nachgewiesen, daß er nicht mittellos war. Was seine politische „Verdächtigkeit“ betrifft, so liegt mir natürlich nicht viel daran, diesen Mann als ein harmloses Schicksal zu schildern, ich halte das nicht für einen Vorzug. Aber es ist mir nur zu angenehm, daß Dubrowsky im letzten Augenblick die Freiheit gefunden hat, die er von den russischen Gesellschaften aus dem Wege. Die Stellung eines Vaters ist ja fast so, daß man ihn einen Kollegen des preussischen Staatsministers nennen könnte. Die Darstellung des Ministers weicht ab von der Darstellung, die der Berliner Abgeordnete als vom Berliner Abgeordneten veranlaßt mitgeteilt hat. Doch der junge Mann, der aller Politik zu abhold war, sich bei dem referierenden Polizeibeamten nach einem oppositionellen Studentenverein erkundigt haben sollte, ist eine Behauptung, die so den Stempel der Unmöglichkeit an sich trägt, daß man sie nur als einen unerschütterlichen blühenden Schwatz ansehen kann. (Beifall bei den Gegnern.) Ich bitte die Regierung des Hauses, wenn der Minister des Innern uns zumutet, berechtigen zu glauben.

Präsident Dr. Krause: Ich bitte Sie, sich in Ihren Ausdrücken etwas zu mahigen, der Minister hat das Sans nicht beabsichtigt.

Abg. Dr. v. Listz (Wpt.): Daß der Student an dem Polizeibeamten eine solche Frage gerichtet haben soll, ist ein Ding der Unmöglichkeit, wenn man Dubrowsky nicht geradezu für ein seltsames Tier halten will. Aus welcher Quelle hat denn der Minister seine Informationen? Doch nur von dem Geheimrat des Innenministeriums, das nachgewiesen ist. Es ist nicht das erste Mal, daß Polizeibeamte unmaßige Verdächtigungen erlassen oder daß sie noch ganz andere Verbrechen begehen, Unkrautentföhung usw. Wir haben jetzt nur die Aussage desjenigen Beamten vor uns, der seinerzeit die Schuld an dem unglücklichen Ausgang der Sache trägt. Wenn man aber die innere Wahrheitsliebe

der Darstellung zu prüfen hat, so wird man zu dem Ergebnis kommen, daß die Angaben sich anders abgeleitet haben, als als ihn der Minister auf Grund seiner Informationen hat geteilt hat. Man kann auch durchaus nicht der Meinung des Staatsministers zustimmen, daß der Selbstmord nichts mit der Regierung der Immatrikulation zu tun hat. Die Zeugen zeugen, daß Dubrowsky immer auf dem Totenbett, was die Unzuverlässigkeit anbelangt, nicht habe, daß er kein Anglist, das mag seinen Lebensplan zunichte. Der Minister sagte, es wäre Dubrowsky leicht gewesen, den ausgesprochenen Verdacht zu entkräften. Das ist nicht richtig. Es gibt nichts schwereres, als den Verdacht politischer Unzuverlässigkeit zu heftigen, den die Polizei auf Grund ihrer Geheimhalten ausgesprochen hat, besonders wenn man erwidert, was in Ausland schon als politisch verächtlich gilt. Besonders auffällig ist, daß der Polizeibeamte sich bemüht hat, den Studenten in den Vorkameraleinereineinbereinigung. Der Versuch ist wohlfeillich unternommen worden im Sinne einer Falle. Trübt er ein, ist er ungenügend, im anderen Falle hat er damit bewiesen, daß er politisch verächtlich ist. Dieser Polizeibeamter wird indubidueniert von der russischen Woiwodschaft.

Die Universitätsbehörde fragt vorher bei der Polizei an, ob der Ausländer immatrikuliert werden kann und sie richtet sich dann dem Verstand der Polizei, den sie nicht nachprüfen kann. Das hat in der Tat immer wieder stattgefunden, daß auf dem Wege einer weiteren Erklärung, daß ein Scheinlaß in dieser Sache nicht existieren soll, ist für uns noch keine Verbesserung. Ich möchte den Minister um Auskunft darüber bitten, ob nicht entsprechende Anweisungen von verschiedenen Staatsministern oder von untergeordneten Beamten an die Universitäten erlassen sind. Gegenüber den unerbötlichen Beschuldigungen, die sich die reaktionäre Presse, Deutsche Tageszeitung usw., aus diesem Anlaß gegen den Vorwurf gelehrt hat, möchte ich darauf hinweisen, daß es Tradition in der Sozialdemokratie und beim Vorkreis ist, die unerbötlichen Beschuldigungen an der Universität zu bekämpfen. Das unerbötliche ist aus heimlichem Parteinteresse, sondern von dem Standpunkt des Zuertrauens heraus, daß die Wissenschaft selbst in der Abmahnung unserer Universitäten ihre hohe Bedeutung hat und nicht durch rüchliche barbarische Polizeimaßnahmen gekümmert werden darf, wie sie sich beispielsweise im Jahre 1907 ereignen. Leider haben wir von dem Vertreter der bürgerlichen Parteien und auch nicht von der freisinnigen Presse einen Protest dagegen gehört, daß man überhaupt die ausländischen Studenten auf ihre politische Unzuverlässigkeit hin prüft. Die Herren haben nur „eine sorgfältige Prüfung“ gefordert an der Universität zu bekämpfen. Das unerbötliche ist zurückzuführen. Die reaktionäre Interpellation nimmt es gewissermaßen als gotteingelohnte Tatsache hin, daß die Universitäten die politische Unzuverlässigkeit der ausländischen Studenten nachprüfen. Wir sind Gegner dieser heimlichen Treue, dieser diskretionären Gewalt, die man der Polizei gibt. Die großen Parteien haben den Vorbehalt des Vorkreises, die durchaus unrichtig. Die Universität ordnet sich der Polizei unter. (Rufe bei den Gegnern: Es ist preussisch!) Der Polizeigewaltige kommandiert oder er prüft, und die Universität muß tanzen. Wir wissen, daß auch die russische Polizei hier Geheimhaltungen in Berlin unterhält. Der eine Wohlstand, ist in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen. Das unerbötliche ist vorzuziehen worden. Wir haben auch jetzt einen solchen Herrn in Berlin. Der Herr, der jetzt die amtliche Verfügung hat, sich hier für die diegenen Äußerungen zu interessieren, ist der Attaché an der russischen Woiwodschaft Solowoff. Ich nenne diesen Namen hier in aller Öffentlichkeit, damit die deutschen Parteien, die sich hier um die Angelegenheit kümmern, wissen, daß es sich um einen solchen Herrn handelt. Ich habe auch schon in der Vergangenheit die Beziehungen zwischen Polizei und Universität vor jeder Zeit von den Professoren und Studenten ruhig hingewiesen. Es wird, damit motiviert, daß wir in Preußen kein Universitätsgesetz haben. Ich muß diesen Standpunkt auf das entschiedenste befestigen. Das ist in der preussischen Verfassung festgeschrieben, hier zum Ausdruck kommen, daß dem die Göttinger sieben etwa ein besseres Wesen gelobt, als sie einst manhaft auftraten und eine Verbesserung der Zustände herbeiführten? Selbst aus den Ausführungen des von mir so ungenügend hochgeschätzten Prof. v. Listz klang dieser Geist der Schuld und der Unfähigkeit zu dem Herrn abwärts. Das unerbötliche ist die russischen Universitäten werden genau so behandelt, wie sie es verdienen, so lange sie sich ihrer Daut nicht wehren.

Am möchte bei dieser Gelegenheit den Minister fragen, ob ihm von einer Abmahnung bekannt ist, die bei Gelegenheit der letzten Studentenunruhen in Ausland getroffen wurde, wonach keiner der daran beteiligten Studenten an deutschen Hochschulen mehr zugelassen werden soll. Dieser Vorfall fällt gerade in den richtigen Moment, denn 100 Jahre ist es jetzt her, daß jener Herr, Rektor der Berliner Universität war, der seine Neben an die deutsche Nation hielt, in der er Deutschland aufzulebte, sich von der Fremdenherrschaft der französischen Nation zu befreien, die immer noch die deutsche Nation ungenügend beherrschte. Sollte es nicht auch in diesen Tagen irgendeiner Neben an der Berliner Universität, der auch Neben hält an die deutsche Nation, um Deutschland von der Fremdenherrschaft der russischen Polizei, von der Zarenherrschaft und der Spießbücherei Ausland gegenüber zu befreien. Diese Neben sollten gleichgültig gerichtet werden an die lindernde Jugend und an die deutschen Universitätsbeamten. Uns bleibt die Festhaltung, das was wiederum die Sozialdemokratie gewesen ist, die es gewagt hat, hier und in der Presse aus dem Fall Dubrowsky die Konsequenzen zu ziehen im Interesse der deutschen Kultur, der deutschen Universitäten, im Interesse des Aufstiegs des deutschen Namens im Inland und Ausland. (Beifall bei den Gegnern.)

Die Abg. v. Heidebrand (kontr.), Dr. Friedberg (natlib.), Dr. Dietrich (kontr.), v. Kardorff (freisinnl.) und Götting (Wpt.) erklären, daß ihnen von Verhandlungen, die Vernehmung dieser Angelegenheit zu verbinden, nicht das geringste bekannt ist.

Abg. Dr. v. Listz (Wpt.): Dann nehme ich meine Verwahrung zurück.

Präsident Dr. v. Listz ruft den Abg. Dr. v. Listz zur Ordnung, weil er beim Mitleid der russischen Woiwodschaft vom Selbstmord unbilliges Verhalten und Korruption vorzuziehen hat.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Allerlei.

Das Hochwasser in Schlesien
Umfaßt die Stadt Breslau auf drei Seiten und steigt vorwiegend nach Osten hin an. Das Wasser hat in den Niederungen sehr großen Schaden an der Heuernte durch Ueberflutungen des schneebedeckten Grases und der Getreidefelder angerichtet. Viel Mühe geht zur Abwehr, das vom Hochwasser auf diesen zusammengebrochenen und schließlich seine Rettung durch Schwimmen verfehlt. Am meisten sind die Ortshäuser, Bäckerei und Schmiedhof, deren Dämme nur noch wenig über das Wasser hinausragen, vom Hochwasser bedroht.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 26. Mai 1911.

Die Gegner sind kampfbereit! Warnmärsch! Jetzt gilt's!

Die Junter und die Kapitalisten Preussens fühlen ihre hartzlichen Feinde — Kirche und Militarismus — bedroht. Sie rufen energisch zur Abwehr! Die Arbeiterjugend zu gewinnen ist ihr Ziel. Haben sie die hinter sich, dann hat's für ihren Widerstand und ihrem Sieg keine Not. Der preussische Vater Staat weiß das. Drum stellte sein Dreifaltigenhaus gern eine Million Mark als Kampffonds bereit. Und die Liberalen als Vertreter des Kapitalismus sind eben wie die junkerliche Wirtenschaft eifrig daran gegangen, mit der Million die Arbeit zur Verminderung der Arbeiterjugend zu beginnen. Zu unserer freistehenden Stadt Halle ist die Organisation zur Bekämpfung der freien Jugendbewegung jetzt fertig. Welcher Geist in ihr herrschen wird, zeigt uns die für unseren Bezirk erscheinende samstägliche Zeitschrift Wir sind Deutschlands Jugend, die wir schon einmal charakterisiert. Auch die jetzt verteilte vierte Nummer ist genau so abtöndelnd gehalten, wie die früheren. Zweck ein moralisierender Artikel, dann eine Rechtfertigung der Industrie- und Sportausstellungen, hierauf sozialistischen Vorkämpfer, dann eine Schauerrede mit Moralizingen und schließlich alle möglichen hysterischen Mitteilungen, die mit teils recht blutwürgigen, teils unheimlichen Verbrechen abschließen. Doch auch ein Gedicht enthält das Blättchen — und man staune — sogar eins von Reichardt; man hat aber davon wohlweislich nur zwei Verse gebracht. Die übrigen etwas aufreizenden Verse sind glatt unterdrückt worden. So treibt man Jugendverfolgung. Und wie die meisten Dingen sich dabei die Jugend vorstellt, das illustriert so recht ein Ausdruck, den der „Jugendpflieger“ Rektor Weitzbach dieser Lage in einem Referat über die Jugendfrage tat. Er sagte nämlich:

„Man behandelt die Kinder sehr feils als Erwachsene, ohne darauf zu achten, daß ihnen das nötige Material zur Selbstbestimmung noch fehlt. Bei den Kindern der wohlhabenden Klassen gleicht sich dieser Fehler einer unrichtigen Erziehung durch die längere Schulpflicht mehr oder weniger aus. Aber die Kinder der ärmeren Stände, denen außerdem meist die ererbliche Kraft der Natur und ein ruhiger Einfluß von Vater und Mutter fehlt, werden ungenügend, unbeschränkt, roh und laienhaft unterrichtet von den großen Volksbegehrern.“

So werden die Jugendlichen und ihre Eltern, die Arbeiter, in den Schmay gezogen, und als ungenügend, unbeschränkt, roh, unrichtig und von den Eltern nicht günstig beeinflusst, soll die Arbeiterjugend jetzt von den bürgerlichen Herren in Pflege genommen werden. Für Robe, Unbeschränktheit, Ungenügendheit und Unrichtigkeit heißt übrigens auch das Blättchen Wir sind Deutschlands Jugend. Für solche faulere Bereden ist es gerade gut genug geschrieben. Aber nicht für aufrechte junge Arbeiter und Arbeiterinnen mit festen Köpfen. Die fühlen sich durch die für Robe, Ungenügendheit und Unrichtigkeit bestimmte Schereberreden abgehoben. Die Besetzungen aus das Blättchen denn auch sehr geringe. In einigen Fortbildungsschulklassen hat sich nicht einer gefunden, der es befehlen wollte. Aber die herrschende Klasse läßt nicht so leicht locker. Neben der Zeitung hat sie sich Organisationen, die von gleichem Geiste erfüllt sind, geschaffen. Und in Halle ist diese Organisation gar nicht zu verachten. 129 Vertreter von Vereinen, Kirche, Schule, Anstalten und Kommunen sind überfingelnommen einen Ortsausschuß für Jugendpflege unter Leitung des Magistrats einzusetzen. Dieser Ausschuß, der aus dem Präsidiums des Dreifaltigenhauses besteht und von Beamten benannt geleitet wird, hat ein feines umfangreiches Programm aufgestellt, das jeder Arbeiter feils genau ansehen muß, um zu erkennen, was der Arbeiterbewegung und ihrem Nachwuchs von dort droht, wie man ihr jetzt planmäßig entgegenarbeiten will. Aufgabe der Jugendpflege soll natürlich die Erziehung der Jugend zu Gottesfurcht, Vaterlandsliebe und festerer Leistungsfähigkeit sein. Man braucht eben demutvolle Arbeiter und fröhliche Soldaten. Wie man das erreichen will, zeigt uns nachstehender, gründlich ausgearbeiteter Plan, der jeden Gesellen von der Größe der drohenden Gefahr überzeugen wird. Die besondern Aufgaben des gegründeten Ortsausschusses bestehen

- a) in der Förderung der Bestrebungen der bereits bestehenden Organisationen.
 - b) die Errichtung dieses Zweckes will der Ausschuß
 1. die Errichtung von Vereinen in der Halle für die schulpflichtige Jugend tätigen Vereinen möglichst verbreiten, aus deren Bestrebungen durch Beiträge und durch die Presse nach Kräften fördern und die Bildung neuer Einrichtungen anregen;
 2. eine einheitliche einheitliche Regelung der Versammlungs- und Betätigungsgelände der einzelnen Organisationen herbeiführen, um möglichst vielen Vereinen die Möglichkeit der Teilnahme zu geben;
 3. den Verkehr der einzelnen Vereine unter sich fördern, so daß die Teilnahme an den Veranstaltungen derselben auch den Mitgliedern anderer Organisationen, sowie den Förderern gestattet ist;
 4. gegenständige Hilfe unter den Organisationen mit Rat und Tat bewirken durch Erörterung aller die Jugendlichen angehenden Fragen und Vertretung der Wünsche, Vorschläge und Anregungen;
 - b) in der Mithilfe bei Bekämpfung derjenigen Einrichtungen (Blöße, Raumlückheiten und deren Ausstattung), welcher die einzelnen Vereine zur Durchführung ihrer Aufgabe bedürfen, in der Vermittlung von Vorkursen beim Ankauf von Büchern, Spielzeug und Sportgeräten, in dem Streben, die zur Durchführung einer wirksamen Jugendpflege erforderlichen Mittel zu beschaffen;
 - c) in der Veranstaltung von Familienabenden, von gemeinsamen Feiern patriotischen Gedenktage, von Wanderungen, Wettbewerben, Turnspielen, sowie einer großen festlichen Veranstaltung im Jahre für Turnen, Spiel und neuen Sport, die das Interesse der Jugend für die Sache wachhalten geeignet ist;
 - d) in der Gründung von Jugendheimen, welche die Jugend unter sachkundiger Leitung und Beratung in den berufstätigen Zeiten, also besonders an den Abenden der Woche, sowie an Sonntagmorgens und abends an Spiel und Unterhaltung, zu befriedigen, erbauenden oder unterhaltenden Vorträgen und sonstigen gemeinamen Beschäftigungen zusammenzuführen und vor den Verlockungen der Straße schützen sollen;
 - e) in der Gewinnung von Berichterstattern, welche fähig und bereit sind, dem persönlichen Dienst der Jugend sich zu widmen;
 - f) in der Bildung von Arbeitsausschüssen für bestimmte Aufgaben;
 - g) in der Schaffung und Unterhaltung einer Auskunftsstelle für alle die Jugendlichen betreffenden Fragen, sowie einer Beratungsstelle für die Jugendlichen selber, in deren wissenschaftliche und persönlichen Angelegenheiten;
 - h) in der Pflege der Beziehungen der örtlichen Jugendpflege zu dem Arbeitsausschuß für Jugendpflege des Regierungsbezirks.
- Es war nötig diesen Organisationsplan einmal abzuzeichnen, um den Gesellen einen Begriff zu geben von der allseitigen Beschäftigung, der die Arbeiterjugend von jetzt an ausgeübt sein wird. Und daß die Zeit der Spärlerei mit dieser Sache vorbei ist, ist von jetzt an gänzlich und vor allen Dingen abgearbeitet wird, dafür sorgt neben der Aktion des Dreifaltigenhauses die Tatsache, daß Beamte dienstlich mit der Leitung der Arbeit betraut worden sind. Der Magistrat hat den Stadtschulrat Brandt zum Vorsitzenden des Arbeitsausschusses und den Stadtrat Engelke zu dessen Stellvertreter eingesetzt. Die Sache ist also beschleunigt und fräftig vorangetrieben, wodurch ein sorgfältiges Arbeiten garantiert ist. Und zu allem hat auch der Oberbürgermeister, in der vorletzten Stadtkoordinatensitzung durch die Erklärung, daß man hier in Halle in der Lage wäre auf diesem wichtigen Gebiet etwas besonderes zu leisten, gezeigt, daß er ebenfalls als Antrieber hinter dieser Jugendpflege steht.
- Man raubt das alles der Arbeiterjugend, ohrenlosig den Mut, wie das die Mithilfe des freistehenden Handbilden Pfand, die Sozialdemokratie in Volks- und Fortbildungsschule tolleren zu lassen, vermag. Die Arbeiterjugend ist schon so aufgeweckt und selbständig, den Kampf gegen die amtliche Jugendpflege zu führen. Aber daneben darf die erwachsene Arbeiterschaft, dürfen namentlich die Gewerkschafts- und Parteigesellen nicht müßig bleiben. Der obenstehende Organisationsplan zeigt deutlich die Schwere der drohenden Gefahr und die oben zitierten Worte des Rektors Weitzbach von dem nicht günstigen Einfluß der Eltern, offenbar hoffentlich jedem Arbeiter und jeder Frau, den Geist der Zerpflünderung, der da weht. Drum sollte sich jeder, auf Rektor Weitzbach hat noch am Schluß seines klaren Referats die Worte gesagt: Und wahrlich, die Arbeit an der Jugend ist des Reiches der Eiden wert. Also, Arbeiter und Arbeiter-

frauen! Es gilt euer Fleißes; ringt um eure Jungen und eure Mädchen! Raht euch nie euch nicht abtrünnig machen! Märlt sie auf und haltet sie feils für die sichere Zukunft der freien, tapferen Arbeiterjugend. Raht sie euch nicht entziehen und zu Feinden der Erde und des väterlichen Militarismus, dieses feuerfaulenden Moßes machen. Vorwärts, für die freie Jugendbewegung!

In einem Kundentumel befand sich am Mittwoch wieder einmal die bürgerliche Presse, der ein gleichzeitiges Schwere zugegangen ist, nach dem Kommerzienrat Dr. S. Lehmann der Stadt unter gewissen Bedingungen 200.000 Mark zur Errichtung einer städtischen Konzerthalle überlassen will. Der Geber wünscht, daß für die nächsten zwanzig Jahre von einer Veränderung der Giebelseite seiner Straße in Höhe und Breite Abstand genommen und die jetzige Bestimmung derselben durch Mauremänner bestimmt werden soll sich erhalten haben, sein 1300 Quadratmeter großes Grundstück Märlt Schlegelgasse, Robert-König-Strasse, das laut gerichtlicher Taxe 180.000 Mark wert sein soll, der Stadt lediglich gegen Übernahme der Hypothek in Höhe von 72.000 Mark zu überlassen, wenn auf dem Grundstück eine Konzerthalle, errichtet wird. Im Anblich an die Konzerthalle will man eine städtische Gemüdebegleiter, zu der bereits 175.000 Mark zur Verfügung stehen, erziehen.

Wir lassen es vorläufig dahingestellt, ob man, mit Rücksicht auf die Angebote, auf den Ausbau der Giebelseite der Straße verzichten, können es aber nicht unterlassen, schon jetzt auf die Gefahren hinzuweisen, die seiner Zeit geltend gemacht wurden, wenn der Ausbau der Straße unterbleibt. Die Straße bedürfen einer gründlichen Beseitigung, und wir können nicht in den Freudenjubel der bürgerlichen Presse einstimmen. Die liberale Sozialpolitik ist in ihrer Oberflächlichkeit mit dem Projekt schon ziemlich fertig. Sie trübt den Konzertsaal, der mindestens 1600 Personen fassen soll, mit einer großen Orgel und reibet auch von Konzerten, die in dem großen Saal abgehalten werden könnten, damit Halle in die Reihe der „Konzertstädte“ eintreten könnte. Weiter bemerkt das liberale Blatt wörtlich:

„Die Entscheidung kann nicht länger fallen; im Gegenteil man wird ausnahmslos die generellen Interessen mit freudigem Dank aufnehmen. Die in Aussicht gestellte hochbezogene Sitzung des Herrn Geh. Kommerzienrats Dr. S. Lehmann wird in der genannten kunstliebenden Bürgerchaft, die den Mangel eines würdigen Konzertsaales bisher bitter empfunden hat, mit den Gefühlen aufrichtiger Dankbarkeit begrüßt werden.“

Auch wir erkennen alle Kulturbegeisterten rücksichtslos an und wollen sogar unterstellen, daß die Gesellschafter im Interesse der Stadt angeben werden, was bei manchen Wohlthätern nicht immer der Fall gewesen sein soll. Denn man hat daran, wie es hier vor Jahren einem sehr frommen Herrn ausgesagt wurde, an der „generellen Beile“ einen Bauplan in einer Kirche kleben, um den eine ganze Anzahl Baupläne lagerten, die im Werte liegen, als die Gegend mit einer Kirche bebaut wurde. Spätere man sich also Worte wie „höchster Seligkeit“ usw. Her leicht und bezaubert, ohne große Schwelgereien zu begreifen, erwirbt, kann auch leicht verstehen. Der Protektariat, der im Kampfe um Dolein seine letzten Größten für eine Milchkämpfer bereit, handelt unbedulden ebenso hochbezogen als ein genereller Geber. — Und noch eins. Eine Konzerthalle ist gut — abgesehen davon, daß sie für die Arbeiterchaft ein verschönerter Raum, wie das Werkelbiste in der katholischen Kirche, bleiben wird. Gibt es denn in Halle nicht noch andere Mängel, die, um mit der liberalen Sozialpolitik zu reden, viel bitterer empfunden werden, als das Fehlen eines „würdigen“ Konzertsaales? Das Dollenkühnabdruck, das sich von Jahr zu Jahr von Jahr von Sitzung zu Sitzung in Zahlverhältnissen wie eine Plage hinziehend, ist wohl aller Beschwerden noch lange nicht so weit abgehoben, daß an seine Beseitigung gedacht werden kann. Vorwärts bleibt eine Meinung des Körpers immer noch notwendiger, als ein würdiger Konzertsaal. Die Verhältnisse, die denken die städtische Konzerthalle befehlen zu können, werden ja ein Halbesand nicht so schwer verumfassen als die Arbeiterchaft. Das Volk, das aber seine eigene Vordemissionen beifit, wird darauf dringen müssen, daß die Wohl der Allgemeinheit über das Wohl der oberen Lebenshand gestellt wird. Bei aller Liebe, die wir für Kunst und Wissenschaft übrig haben, müssen wir es ablehnen in das Jubelgelächter über die Angebote der Schenkungen einzustimmen. — Wir werden jetzt gegen eine, daß die liberale Sozialpolitik, in der jetzt viele Dinge von der Seite der Kunstbanausen an berührt werden, schon die nötige Schenkungen in der vorliegenden Sache vollziehen wird, wenn die Interessenten

Preis-Ermässigung

Ausserst günstig!

Ein Versuch überzeugt von der Güte der Ware!



Wir verkaufen bis auf weiteres unsere seit Jahren beliebte und anerkannt gute **Spezialmarke** in unveränderter Qualität bisher 7.25 jetzt

Jedes Paar Herren- oder Damen-Stiefel zu

Schuhfabrik „TURUL“
Alfred Fränkel

Comm.-Ges.

Halle a. S., Gr. Ulrichstrasse 17.

Wir bitten freundlichst auf die Firma zu achten.

b 3002

Eigene Fabrik!

18 000 Paar wöchentliche Fertigstellung!

Verkauf nur in eigenen Geschäften!

Deutscher Reichstag.

183. Sitzung, Mittwoch, den 24. Mai 1911, mittags 12 Uhr.

Präsident Graf Schönerer-Kösitz teilt mit, daß der französische Botschafter ihm den Dank für die Verleibung des Reichstags übermittelt habe. Auf der Tagesordnung steht zunächst das **Wahlgesetz für die zweite Kammer des Landtags für Elsaß-Lothringen.**

Die Beratung der ersten Paragraphen wird verbunden. Zum § 1 beantragen die Abg. Midlin (Eli.) und Gen. eine andere Wahlrechts-einteilung. Zu § 2, der von der Wahlberechtigung handelt, liegt ein Antrag Albrecht (Soz.) und Gen. vor, der Einführung des Frauenwahlrechts und Verabreichung des Wahlberechtigtenalters von 20 auf 24 Jahre verlangt. Ferner sollen alle Wähler wahlberechtigt sein, die seit mindestens einem Jahre (Kommission: drei Jahre mit Ausnahme für Beamte, Religionsdiener und Lehrer) ihren Wohnsitz in Elsaß-Lothringen haben. Ferner soll der Antrag die vorgesehene Gemeindevahlrechts-einteilung auf einem Jahr erziehen durch die Bestimmung, daß das Wahlrecht ausgetübt werden soll in der Gemeinde, wo der Befragte am Tage der Aufstellung der Wählerliste seinen Sitz hat.

Abg. Emmel (Soz.):

Das Wahlgesetz ist für uns die Hauptfrage. Von der Gestaltung dieses Paragraphen hängt unsere Zustimmung zur ganzen Vorlage ab. Die Kommunitätsbestimmungen sind nicht ganz. Man hätte ursprünglich schloß, daß der Antrag in Elsaß-Lothringen eingeführt werden würde. Ein solcher Antrag war im Bundesauschuß von den Herren Stumthal, Preis, Midlin, Wetterlé eingebracht worden. Aber als die Verfassungsreform der Regierung kam, änderte sich die Haltung dieser Herren. Diese Änderung trat zuerst auf:

Die württembergischen und elsass-lothringischen Votales kamen damals nicht zum Ausdruck. Die Herren fürchteten für die Stellung, die sie jetzt noch infolge des ungeräten Wahlrechts im Bundesauschuß inne haben. Erklärte doch Herr Midlin sogar jetzt, das Wahl sei

„noch nicht reif“ für den Proporz.

Das sagt derselbe Herr, der ein Jahr vorher selbst für den Proporz eingetreten war. (Hört, hört! bei den Soz.) Er ist also offenbar der Meinung, daß das elsass-lothringische Volk in dem einen Jahre um so viel dümmer geworden ist. Ebenso sind die elsass-lothringischen Nationalitäten in der Frage des Wahlrechts unangekommen. Für die Doppelbürgerschaft dieser Herren ist auch festgestellt, daß sie zu derselben Zeit, wo sie hier mit Anträgen vorgehen, die die Autonomie für Elsaß-Lothringen verlangen, hinter den Kulissen mit dem preussischen Kaiser von Köller sich dahin einigten, aus Elsaß-Lothringen ein Großherzogtum zu machen und einen Landtag zu schaffen, aus drei Gruppen von Abgeordneten zusammenzusetzen sein sollte, und wozu nur der dritte Teil der Abgeordneten auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählt werden sollte. (Hört, hört! bei den Soz.) Zur Zeit des Abg. Wetterlé. Das hat im Munde des Abg. Wetterlé gefunden und ist nicht demontiert worden. (Hört, hört! bei den Soz.) Will das jetzt, daß die Herren nur nach außen aus demagogischen Gründen für das allgemeine Wahlrecht eingetreten sind, daß es ihnen aber damit nicht ernst war. Die Regierung kann natürlich dies Doppelspiel, was es doch ihr Mitglied, Herr von Köller, mit dem diese Gespräche geführt wurden. Darum erklärt es sich auch, daß die Regierung nicht weitere Konsequenzen machen wollte. Dazu würde nur der dritte Teil der Abgeordneten auf Grund des allgemeinen Wahlrechts nicht weiter ausgenommen war. Auch gegenüber der jetzigen Vorlage lassen sich die elsass-lothringischen Nationalitäten bezüglich des Wahlrechts nicht ableiten. wie sie ihre Macht aufrecht erhalten können.

Das beweist am besten der Wahlrechts-einstellungsantrag dieser Herren. Man will Kolmar-Stadt und Land trennen und sich durch die Abstammung beide Abgeordnete des Landtages sichern. Die jetzt beantragte Votenwahl ist das gerade Gegenteil des Votens von denselben Herren beantragten Proporz. (Hört, hört! bei den Soz.) Wir müssen das entschieden ablehnen. Wir hätten den Proporz am liebsten gehabt, da er aber nicht durchgegangen ist, werden wir für die Kommissionsbestimmungen zum § 1 stimmen. Zum § 2 beantragen wir dann aus grundsätzlichen und Zweckmäßigkeitsgründen

das Frauenwahlrecht.

Wir haben in Elsaß-Lothringen 325 000 weibliche Erstverdiener, rund ein Drittel aller Erwerbstätigen. Diese Frauen sind an der Gesetzgebung natürlich besonders interessiert; ebenso aber auch die in der Bauwirtschaft tätigen Frauen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Eine alte Forderung ist auch

die Wahlberechtigung vom 20. Lebensjahre an. Das Erfordernis einer Anwartschaft im Lande von drei Jahren erscheint uns zu weitgehend. Auch die Kommission hat ja schon für Beamte, Religionsdiener und Lehrer ein Jahr für genügend erachtet, um sich mit den Verhältnissen vertraut zu machen. Gar keine Berechtigung hat aber im Gesetz die Gemeindevahlrechts-einteilung. (Sehr wahr! bei den Soz.) Nur für

den Zeitpunkt, wo die Wählerliste aufgestellt wird, hat die Gemeindevahlrechts-einteilung einen Sinn. Durch die von der Kommission beschlossene einjährige Gemeindevahlrechts-einteilung werden nur die Betroffenen, die gezwungen sind, häufiger umzuwohnen; es ist

eine rein schicksalhafte Bestimmung.

(Sehr wahr! bei den Soz.) Sogar die Weimarer sollen unter dieser unfinsternen und fatalen Bestimmung fallen und dadurch getrieben, diese Bestimmung zu befechtigen und uns damit die Möglichkeit zu geben, weiter ein Interesse an der Gesamtgestaltung des Gesetzes zu haben und daran mitzuarbeiten wie bisher. (Bravoo! bei den Soz.)

Abg. Sankmann (Volksp.): Wir begrüßen die Einführung der Sonntagswahl und erblicher Wahlturnen durch die Kommission sowie die Ablehnung des Pluralwahlrechts. Ein Antrag auf Wiederherstellung dieses innerlich ganz unbegründeten Alters-Pluralwahlrechts wurde schließlich von seiner Seite in der Kommission gestellt. Die Folge der einen Stimme gewesen, daß die unter der französischen Herrschaft geborenen Elsaß-Lothringer eine Stimme mehr gehabt hätten, als die unter der deutschen Herrschaft Geborenen. Das wäre ein richtiges Schwabenrecht gewesen. (Sehr gut! und Weiter!) Das ist hier wieder einmal gescheit, das jedes Wahlrecht mehr Schwabenstimmen und Helfer hat, als das allgemeine Wahlrecht. (Sehr gut! links.) Den Konterpartnern können wir für ihre Haltung nur dankbar sein, sie haben die Regierung förmlich auf die linke Seite hinübergezogen, wollte sie nicht das ganze Wahlgesetz scheitern lassen. Aber wer andere eine Grube gräbt, der fällt selbst hinein. Ein tonerwartendes Blatt hat sogar geschrieben, man solle die Reform vertischen bis einmal ein arzig neu über Elsaß-Lothringen entschieden habe. Das ist der Bankrott der konterpartnären Staatskunst. (Sehr wahr! links.)

Abg. Dörken (Npt.): Wir stimmen trotz mancher Bedenken den Kommissionsvorschlägen zu; kein tonerwartender Deutscher will einen Streit.

Abg. v. d. Heideberg (natf.): Wir stimmen für die Kommissionsvorschläge, ohne sie in allen Punkten für ideal zu halten, und lehnen alle Änderungsanträge, von welcher Seite sie auch kommen ab. (Bravoo! h. d. Natf.)

Abg. Sankmann (Volksp.): Wir halten das Wahlgesetz für recht unvollkommen, aber wir stimmen dafür, weil es immerhin bedeutend besser ist als der jetzige. Die Debatte schließt. Sämtliche Änderungsanträge werden abgelehnt. § 3, der das allgemeine Wahlrecht ohne Pluralwahlrecht enthält, wird in namentlicher Abstimmung mit 202 gegen 47 Stimmen angenommen. (Leb. Bravo! links und im Zentr.)

Wir der Minderheit (den Konterpartnern) stimmen einige Reichsparteiler, darunter v. Liebert und Schmölz. Die übrigen Paragraphen werden ebenfalls angenommen. Die zweite Lesung des Wahlgesetzes und damit der ganzen Verfassungs-Vorlage ist erledigt.

Auf der Tagesordnung stand noch eine Wandel der verschiebenerartigen Herababgabungsgegenstände. Die Rechnungsarbeiten wurden ebenfalls erledigt, da der von der seriellistischen Kontrumsifikation Erheber auferlegten Mautvorzugsung noch nicht befreit ist. Zur zum Patentanführungsangelegenheit wurde der rechtliche Gehalt ein paar Worte gegen den Niederlassungsvertrag mit der Schweiz gegen polizeiliche Übergriffe gewandt. Mit einer Schärfe, die den Abgeordneten Schluß aus dem sechsten Gleichgewicht erbrachte, die aber nur allen berechtigt war, geistlich rechtlich das behördlich bequimgierte Zeichen der fassam benannten Herababgabungsstelle. Dem Patentanführungsangelegenheit stimmten wir zu und Genosse Gied begründete kurz diese unsere Zustimmung.

Am Freitag beginnen nunmehr die Tage der dritten Lesung.

Aus den Nachbarkreisen.

Zum Streik im mitteldeutschen Braunkohlenrevier

Die Situation im Streikrevier hat eine Veränderung nicht erfahren. Die Unternehmer stehen nach wie vor auf ihrem Vorkursstandpunkt, und die Streikenden im Kampf, um diesen zu brechen. In der vergangenen Woche wurde das Gebiet mit fremden Arbeitern zu überschwemmen versucht. Mit ganz wenigen Ausnahmen ist es gelungen, diese abzuschwappen und nach anderen Bezirken zu verweisen. Dieses hat anknüpfend den Erfolg, daß die Unternehmer in ihrer Werbestätigkeit nachgelassen haben.

Auch die Unternehmerpreise schweigt sich jetzt über den Kampf aus. In den ersten Tagen des Streiks war sie sehr geschwächt. Mit einem Wiedereintritt war sie tätig, um Verwirrung in die Reihen der Arbeiter zu bringen. Da ihr dieses nicht gelungen ist, schweigt sie nunmehr. In einigen Orten fängt die Polizei an, neros zu werden.

Allen voran ist die Seiger Polizei. Abfolgt will diese das Streikrevier auf dem Bahnhof verbinden. Es haben sich schon Polizeibeamte den Streikposten gegenüber zu beleidigenden Ausrufungen hinsetzen lassen. Ein Polizeibeamter erklärte den Posten gegenüber, daß sie Stroemer und Bagabunden seien, von denen die Strafe freigegeben werden müsse. Wir erlauben die vorgesehene Behörde, die Beamten in die Schranken des Anstandes zu verweisen. Die Streikenden sind keine Stroemer und Bagabunden. Es sind ruhige und besonnene Bürger, die um die Verbesserung ihres Arbeitsverhältnisses kämpfen. Diese mit Ausdrücken, wie Stroemer und Bagabunden zu belegen, sollte man am allerersten von Polizeibeamten erwarren.

Auch auf dem Bahnhof Duchen hat sich ein Gendarm einem Streikenden gegenüber den Ausbruch Schurken erlaubt. Ein anderer Gendarm wies die Streikposten fort. Als die auf das gesetzliche Recht des Streikpostenbesitzer verwies, meinte der Herr Gendarm: „Ihr schmeißt hier herum mit Paragrafen und seid doch dumme wie die Schweine.“ Das sind wenige Proben von dem Ton von Polizeibeamten gegenüber den Streikposten. Bisher ist die Mute im Streikrevier, wie selbst von der Unternehmerpreise anerkannt wird, noch nicht geistert worden. Durch ein Verhalten der Polizeibeamten, wie wir oben geschildert haben, wird sie nicht gefördert. Es liegt an der vorgesehene Behörde, diese Herren in ihre Schranken zu verweisen. Sie haben kein Recht, Leute zu beschimpfen, die streiken.

Auch der Dumor kommt auf seine Kosten. In der Gemeinde Dobris haben die Schulkindern der Arbeitwilligen nachgelungen: „Alle Männer streiken, alle Männer streiken, nur die Dampfmaschinen nicht!“ Dieser Gesang hat die Herren sehr beunruhigt. Sie haben sich bei dem Lehrer der Kinder beklagt. Dieser hatte nun nichts Eiligeres zu tun, wie die Arbeitswilligen mit einem Gesang zu begleiten. Die Sache hat den Erfolg, daß die Kinder, wenn der Lehrer dabei ist, das Singen eingestellt haben. Hier Dampfmaschinen sind es doch.

Scharfmaderpläne.

Zunmer deutlicher wird erkennbar, daß die aussterrungs-wütigen Unternehmer im Steinfesergewerbe sich die Verzimmerung der Arbeiterorganisation zum Ziel gesetzt haben, denn sonst würden sie nicht so brünstig jede Veränderung ablehnen. An ihrer am 21. Mai abgeschlossenen Verammlung haben sie sich erneut mit dem von den Ausgeperrten gestellten Antrag beschäftigt, die Differenzen durch ein Schiedsgericht oder Verkaufsangehörigen, die am Kampfe nicht beteiligt sind, entscheiden zu lassen. Obwohl die Antwort der Meister noch aussteht, sind die Ausgeperrten schon davon unterrichtet, daß der Antrag gegen meine Stimmen abgelehnt worden ist. Insbesondere soll der Hauptvorliegende des Reichsverbandes deutscher Steinfesermeister ganz energisch gegen eine Verknüpfung eingetreten sein. Man will zeigen, daß die Unternehmer immer noch die Herren der Situation sind, wenn auch die Eingetretene nur durch hohe Konventionalkraften notwendig aufrecht erhalten wird.

Ein tieferer Unternehmer hat aus seinem Scharfmaderhegen denn auch keine Herababgabe gemacht, denn er erklärte frei heraus, daß die Steinfeser durch die Aussterrung ausabergert werden sollen! Die Herren können von Glück reden, daß die Justizausvorlage unglückselig Angebens nicht Geleg geworden ist, denn sonst läge schon mancher von ihnen hinter den schwedischen Gardinen. . . . So sämtliche Meister auf diesem ja außerordentlich menschenfreundlichen Standpunkt stehen, ist nicht bekannt. Ein Wunder war's nicht. Werden sie doch von den „objektiven“ Behörden geradezu aufgehakt, die Straftprobe zu versuchen. Ernt doch bei diesen — nicht nur bei den Unternehmern allein — der unauslöschliche Haß gegen die traffe Arbeiterorganisation in völlig entfalliger Form aufsteigt. Man muß erkennen mit dem Kopfe schütteln, wenn man sieht, mit welchen Kräften jetzt öffentliche Arbeiten ausgeführt werden. Ungelernte Arbeiter, Bekleidige, Invaliden, völlig unbrauchbare Steinfeser müssen jetzt als Kunststicker in die Werke springen. Leute, die vorher als Obhufkinder beschäftigt waren, werden jetzt als nützliche Elemente hochgeschätzt. Ein Unternehmer in Giesleben bekam von seinem Vater einen Steinfeser „geliefert“, der nach urkundlicher Erklärung des Vaters „für besseres Weidenpflaster nicht geeignet ist“. Macht's nichts, in der Not frisst der Teufel Fliegen und der Unternehmer begnügt sich mit solchen Kräften. Während ich es, zu beobachten, wie heute Meister und gelbe Gezeiten die sich noch im vergangenen Jahr als schismatische Feinde betrachteten, friedlich nebeneinander placken. Früher nannte man die Gelben Schmaroger, heute werden sie gerend umworben. Unternehmern, die sich vor zwei Jahren nicht an dem Preisung des Unter-

Gebrüder Oehlschläger-Stiefel



Es ist eine Freude, unsere Stiefel zu sehen; vollbefriedigt werden Sie sein, wenn Sie dieselben probiert haben. Unsere Hauptpreislagen für Damen- und Herren-Stiefel

10⁵⁰ 12⁵⁰ 16⁵⁰ 18⁵⁰ u. s. w.

Gebr. Oehlschläger

Halle a. S., Leipzigerstr. 16 (gegenüber der Ritter-Passage).

Feine Massarbeit u. Reparatur.



Walhalla - Theater

Direktor u. Regisseur: Paul Böttger.

Freitag zum Die Herren von Maxim.
 letztes Mal: Operette v. Jul. Freund. Musik v. Viet. Holländer.
Sonnabend Premiere! Nur 5 Aufführungen:
Alte Burschenherrlichkeit.
 Studenten-Operette in 3 Akten. Musik v. Ludwig Heidingsfeld.
 Text von Karl Biberfeld.
Persönlich am Dirigentenpult: Der Komponist.
 Ueberall glänzende Rezensionen. — Anfang 8 1/4 Uhr.
Sonntag: Alte Burschenherrlichkeit.

Teicha und Umgegend

Sonntag den 28. Mai 1911, abends pünktlich
 7 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Konniger in Teicha
öffentliche Versammlung.

Tagesordnung: 1. Streikbrecherstrafe und soziale
 Entrechtung. Referent: Redakteur Wilhelm Koenen, Halle.
 2. Verschickenes. Freie Diskussion.
 Einen recht zahlreichen Besuch der Männer und Frauen der
 umliegenden Dörflchen erwartet. Der Einberufer.

Holzarbeiter-Verband, Halle S.

Sonnabend d. 27. Mai abds. 8 1/4 Uhr
 im Al. Saale d. Volksparkes, Burgstr. 27:
Mitglieder-Versammlung

- Tagesordnung:
1. Abrechnung vom Vergnügen.
 2. Errichtung einer Zentral-Herberge an
 den Volkspark.
 3. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes.
- Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
 Die Orts-Verwaltung.

Achtung! Döllnitz, Osendorf u. Umg., Achtung!
Arbeit.-Radfahr.-Verein „Frisch auf“ Döllnitz
 feiert am Sonntag den 28. Mai, von nachm.
 3 Uhr ab im „Gasthof zum Dreierhaus“ in
 Osendorf sein diesjähriges
Stiftungsfest,
 verbunden mit
 Ausfahrt, Verlosung von Gegenständen,
 Preisziehung, Blumenverlosung u. Konzert.
Wien's BALL.
 Die auswärtigen Vereine sowie Freunde und Gönner des Ver-
 eins sind hiemit höflichst eingeladen. Der Vorstand.

Der extra billige Verkauf

des
Albert Hammerschen Warenlagers
 und anderer Waren
 bietet nie wiederkehrende Gelegenheit zu **Spottpreisen**
 einzukaufen.

Damschürzen	von 30 Pfennig an
Kinderschürzen	von 25 Pfennig an
Damenhemden	von 73 Pfennig an
Kinderhemden	von 38 Pfennig an
Kinderhosen	von 25 Pfennig an
Normalhemden	von 98 Pfennig an
Herrenkragen	von 28 Pfennig an
Krawatten	von 25 Pfennig an
Bettbezug mit Klappen	von 2,28 Mark an
Fertige Betten	von 15,00 Mark an
Betttücher, weiss	von 1,18 Mark an
Schlafdecken	von 98 Pfennig an
Hauskleiderstoffe, dopp. breit,	a Mtr. v. 42 Pfg. an
Frauenstrümpfe	von 25 Pfennig an
Kinderstrümpfe	von 18 Pfennig an
Herrensocken	von 16 Pfennig an

Verkauf nur Geiststraße 52.

Alle Parteischriften Die Volksbuchhandlung.

Sanella

Der Namenszug des Erfinders Geh. Medizinalrat
 Prof. Dr. Oscar Liebreich in blauer Schrift ist das
 Kennzeichen jeder Originalpackung der einzig
 dastehenden Mandelmilch-Pflanzen-Margarine **SANELLA**,
 welche unter
 dem Schutze
 des D.R.P.
 Nr. 100 921
 allein von uns
 hergestellt wird
 In einschlägigen Geschäften erhältlich.
SANA-Gesellschaft m.b.H., Cleve.





Weltbadewanne Mk. 24⁵⁰
 Geldersparnis. ^{Passend} für alle Bäder. **Raumersparnis.**
 Allein-Verkauf für Halle a. S.
Volksbadewanne Mk. 11⁵⁰
 Sitzbadewannen, Kinderbadewannen in grosser Auswahl.
Burghardt & Becher
 Leipzigerstr. 10. — Mitglied d. Rab.-Spar.-Ver.

Großartige Auswahl Uhren,
 Ketten, Ringe,
 Medallions, Colliers,
 alle Neuheiten, zu
Geschenken
 geeignet, empfiehlt
Aug. Heckel
 popr. Uhrmacher,
 Steinweg 48. Tel. 2068.
 5 % in Rabatt-Sparmarken.
 Bitte um Bestatigung der Schenksteuer.

!! Gelegenheitskauf !!

in Anbetracht für das Alter von 8-10 Jahren.

300 Sport- u. Schulanzüge
 mit und ohne Falten, in haltbaren
 Stück praktischen Stoffen

300 a Stk.	2.35	3.15	4.20
------------	------	------	------

250 Matrosen- u. Blusenanzüge
 in den neuesten hochmodernen
 Stück Stoffen

250 a Stk.	2.65	3.85	4.40	5.75
------------	------	------	------	------

Trotz der enorm billigen Preise 5 % Rabatt.
Ernst Renner, Marktplatz 14.

Wohnungs-Einrichtungen

in nur solider Ausführung
 zu
 N. 400 500 600 700 800 etc.
 empfiehlt
G. Schaible,
 Gr. eigene Werkstätten,
 Gr. Märkerstr. 26.
 Kataloge gratis und franco.

Apollo-Theater.

Direkt.: Gustav Poller.
 b. „Schlingensiefel“
 Sensations-Erfolg von
„Kasernenluft“.
 Mittw. Schauspiel in 4 Akt.
 von Stein u. Bödingen.
 In Berlin, Kiel, Hamburg etc.
 Hunderte von Aufführungen!

Achtung! Maler. Maurer.

Großer Vorrat
Streichbürsten
 wird billig ausverkauft.
 Häufiger
Zapezierkleister,
 fertig zum Gebrauch,
flüss. Malerleim,
Farben
 für Lein und Öl,
Schablonen,
Sußboden-Staffarbe,
 über Nacht trocknend,
Sußbodenlack, Möbellack,
Ofenlack
 Stärke 0.60, 1.00.
Pinself
 empfiehlt
Farbenhandlung
Max Rädler,
 nur Rannischestr. 2.

Der Verkauf

in der
ersten Etage
 bringt durch
Ersparung
 hoher Rabatte
 ganz
erhebliche Vorteile
 bei jedem Einkauf
 in der Wäsche-Abt.
 von
Sternfeld,
 Gr. Märkerstr. 20, I. Etage,
 neben jetzigem Laden.
 Mitglied d. Rab.-Spar.-Ver.
 5 % Rabatt.

Warenhaus

Leopold Schlesinger,

Elsterwerda, Am Denkmalplatz.

empfiehlt:

Eleg. Herren- u. Knaben-Anzüge,
Damen-Blusen u. Jackets,
Barchent- u. weiße Hemden,
Hüte, Mützen, Strümpfe, Handschuhe,
Schuhwaren aller Art.

Grosse Auswahl. Solide Preise. Gedeigneter Sitz.

Nietleben. Gasthof zur Sonne. Nietleben.

Bismarckstr. 3840.
 Bringt der besten Arbeiterkraft von Halle und Umgegend sowie
 allen Gesellschaften und Vereinen bei Ausflügen meine
Lokalitäten
 in empfehlende Erinnerung. Gute Bedienung.
 NB. Kaffee, Milch, Bionde, Cellers, Karamel, Weibier 15 Pfg.
 Bier 1/4 Mtr. 10 Pfg., 1/2 Mtr. 13, zwei Glas 25 Pfg.
 Speisen wie bekannt. Kochschaffensoll Alwin May.

Räder

von 36,50 Mtr. an, Gummi baug,
 Gabeln von 1,87 Mtr. an,
 Schläuche von 1,87 Mtr. an,
 Luftpumpen 40 Pfg. Schüssel 29 Pfg.
 Pedale 65 Pfg. Schutzblech 38 Pfg.
 Hosenschlösser 87 Pfg. Laternen 87 Pfg.
 3 Stück 1 Pfg. Laternenhalter 4 Pfg.
 Galle 8 Pfg. Taschenlampen 5 Pfg.
 Ketten 57 Pfg.

Aug. Kraft, Halle a. S.
 Hauptgeschäft: Steinweg 51.
 Filiale: Geilstraße 44
 Nietleben, Halleischestr. 80.
 Welchenfalls Ernst Nordmannen.

Panama-Stroh-Hüte,

Filz-
Klapp-Mützen
 Sport-
 empfiehlt preiswert
Friedr. Koch,
 Leipzigerstraße 78.

!Rossfleisch!

Diese Woche wieder ff.
 Alles übrige wie bekannt nur dellkat bei
A. Thurm,
 Reilstrasse 10.
Frische Knickeler
 billig.
 Spezial-Elter-Gross-Geschäft,
 7 Talamfstraße 7.

H. Schindler,

Uhren- u. Goldwarenhandlung
 Kleine Ulrichstr. 35.
Fugen-Trauringe
 1000 ohne Steine
 schmeide u. breite,
 a Paar von 3, 4,
 6, 10, 16, 20, 24,
 27, 30, 36, 40,
 50 bis 60 Mtr.
 — Grabstein gratis.
 Rabatt in Marken oder bar.

Hängematten

für jedes Körpergewicht.
G. F. Ritter (G. M. b. H.)
 Leipzigerstrasse 90.

Haben Sie

schon meine **Spitzkugeln**
 (Honigkuchen mit Schokolade
 überzogen) probiert? Ich
 möchte Sie gern als Kunden
 haben.
 Breitestrasse 1
 Carl Boock, u. Markt, Boler Turm 12.



J. JENROSEN & Co.
 Charlottenburg No. 27.

Hier sparen! Vorteilhaftes Pfingst-Angebot sämtlicher Schuhwaren. Enorme Auswahl in allen Preislagen.

Max Naundorf,

35 Geiststr. 35.
 (Rabatt-Spar-Verein.)



Nicht nur als Tafel-Butter, sondern

infolge des wirklich delikaten, reinen, milden Geschmacks verwenden heute

tausende

und abgemessene Hausfrauen Halbesalt wertvolleren Tafel-Butter-Ersatz (Margarine), 1/2 Pfd. 40 Pfg. mit 5% Rabatt,

als Spargel-Butter.

Wer probiert, lobt!

Albert Kränzel.



Auf der Lauer

nach etwas besserem braucht niemand zu stehen, wer in seinem Haushalt verwendet

Rheinperle und Solo

Margarine sowie die beliebte

Pflanzenbutter-Margarine Cocosa

Unübertroffen beste Butter-Ersatz-Mittel der Gegenwart. — Wohlgeschmeckend, nahrhaft u. bekömmlich. Überall erhältlich!

Allein. Fabrikanten: Hoff. Marg.-Werke Jürgens & Prinzen G.m.b.H. Goch



statt **Butter** das bestellt

:: Bürsten, Besen, Pinsel, :: Oskar Hönicke,
Markttaschen, Marktnetze, Wäscheleinen Nikolaistrasse 4.

Die Verkaufsstelle für **bill. Damen- u. Kinderhüte** ist soeben eröffnet.
3. Geschäft Merseburgerstr. 5, zw. Niedenplatz u. Rönigstr.

Möbel, Kleiderkabinette, Schmeierstrasse 16.
Friedrich Bock, Schmeierstrasse 16.
Hüte und Mützen
Friedrich Plotner, Geiststr. 28.
Kartonsagen
W. Schnell, Wuchererstr. 40.
Kaufhäuser
Leipzigerstr. 87.
K. Elwan, Bekleid.-Gegenst. J. Art.
Kinderwagen
Theodor Lühr, Leipzigerstr. 94.

Die letzten Neuheiten von moderner Damentaschen sind eingetroffen.

Wir empfehlen als besonders preiswert und haltbar **Saffianledertaschen** 3.50 5.00 6.50 u. 7.50 Mk.

C. F. Ritter
Leipzigerstrasse 90.

Der billige Verkauf des **Weiffenbach'schen Warenlagers** und anderer Waren **Alter Markt 1 — Zentrum der Stadt — Alter Markt 1**

bietet ganz **enorme Vorteile** beim Einkauf von Wäsche, Schürzen, Tricotagen, Herren-Artikel, Bekleidung und Wäsche aller Art.

Herren-Sammet-Gajenträger 20 38 68 88 95 125 3/4 Pf.
Herrensocken 16 25 45 3/4 Pf.
Strawatten, viele Fassons 8 28 48 60 95 110 Pf.
Gacnituren, bunt u. weiß (Wand, u. Setz) 88 98 110 Pf.
Herren-Waeco-Gewand 145 175 Pf. u. m.
Herren-Waeco-Hosen 145 175 Pf. u. m.
Herren-Taschentücher 1/4 Dbb. u. 95 Pf. an
Damenhemden 1/4 m. Peltons u. Spitze 115 158 178 200 258 Pf.
Wirtschafschürzen, mit und ohne Träger 118 130 160 195 Pf.
Dante Tröschürzen 98 145 165 195 Pf. u. m.
Damen - Sammet - Gürtel 15 38 48 68 69 Pf. u. m.
Gürtel, imitiert u. echt Seide, alle Fassons 15 18 20 48 138 195 265 Pf.

Damen - Sommerhandschuhe 26 35 48 68 88 Pf. u. m.
Damenhandschuhen u. Perlenarmbänder, große Auswahl und sehr Billig.
Lappierie, gr. Auswahl zu enorm bill. Preisen.
Herzigen, alle Fassons, Dode 4 Pf.
Stricktücher, alle Fassons, Dode 8 Pf.
Haarbinden, Bänder von 8 Pf. an.
Türliche wuschichte Wäsche u. Schürzenbel. 2 4 6 8 10 15 18 Pf. u. m.
Seid. Kleiderbühche von 18 28 35 Pf. an.
Bruststücke, in Leinwand. Ddb. 8 Pf.
in Seidenr. 1/4 m. 68 Pf., erhaben 128 Pf.
Seid. Schürzen 4 Pf., Unterbühche 28 Pf.
Doppelte Wäschebühchen 2 Ddb. 5 Pf.
Schürzenbühchen, viele Fass. 68 95 110 Pf. u. m.
Schürzenbühchen, in Seidenr. 1/4 m. 68 Pf.
Strumpfbühchen, 1 Paar u. 2 Paar 18 25 45 65 85 Pf.
Schürzenbühchen, farb. ger. 28 48 68 Pf. u. m.
Carl Weiffenbach.

Merken Sie sich!
Aussergewöhnlich billiges Angebot:
Sprungfeder-Matratzen 25 Mk.
mit Drahtgürtung und Patentfedern in prima Qualitäten.
Nussb. gestr. Bettstellen von 14, 17, 20 Mark.
Grösste Auswahl in billigeren
Wohnungs-Einrichtungen von 300Mk. an
Gebr. Kroppenstädt, Halle a. S., Gr. Märkerstr. 4.

Jugend
berleiht ein volles, jugendfrisches Antlitz u. ein reiner, zarter, schöner Teint. Alles dies erzeugt die echte **Stiefelersche Vitamin- u. Eisen-Präparat** von **Bergmann & Co., Bismarckstr. 10, Halle a. S.** Preis à St. 20 Pf., ferner macht der **Stiefelersche - Gran Deba** rote und spröde Haut in einer Nacht weiss-sammelmilchig. Tube 50 Pf. b.: **Reinhold & Co., Leipzigerstr. 104, F. A. Patz, Gr. Märkerstr. 6, Bruno Bornhold, Gr. Steinstr. 48, Fritz Müller, Tolantstr. 48, Ernst Jentsch, Leipzigerstr. 31, Alfred Reubke, Kellerstr. 10c, Rosen-Apotheke, Triftstr. 29, In **Wieschenstein** Felix Stoll.**

Pfingstkarten
in grosser Auswahl.
Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung,** Halle a. S., Harz 42/43.

Waschgefäße
dauerdhaft und billig, größte Auswahl. **Böttcher Schillerhof 1.**

Wegweiser für unsere einkaufenden Abonnenten.

Abzahlungsgeschäfte M. Thiele, Gubenstr. 1, p. Brauereien F. Günther, Halle a. S. Briketts, Kohlen Richard Wolf, verlag. Königstr. Brogen und Farbon H. Bädler, Rannischestr. 2. Ein- u. Verkaufsgeschäfte F. Heandke, Kl. Ulrichstr. 15. Ein- und Stahlwaren J. Lindenbahn, Königstr. 8.	Eisene Oelen Christian Glasser, Gr. Klausstr. 24. F. Lindenbahn, Königstr. 8. Fahrräder u. Nähmaschinen Henry Klepzig, Reistr. 2. Fleischermeister, Wurstfabriken J. Klostermann, Advokatenweg 27. Franz Kanze, Burgstr. 59. August Mangold, Merseburgerstrasse 105. Robert Schäfer, Königstr. Otto Ulbricht, Bäckerstrasse 1. Handleitwagen-Fabriken Theodor Lühr, Leipzigerstr. 94. Oskar Kutscher, Moritzkirchhof 10. Ernst Seimann, Merseburgerstr. 10.	Haus- und Küchengeräte K. Kuckenburg, Rannischestr. 12. Honigkuchen, Zuckerwaren Friedrich Bock, Schmeierstrasse 16. Hüte und Mützen Friedrich Plotner, Geiststr. 28. Kartonsagen W. Schnell, Wuchererstr. 40. Kaufhäuser Leipzigerstr. 87. K. Elwan, Bekleid.-Gegenst. J. Art. Kinderwagen Theodor Lühr, Leipzigerstr. 94.	Kolonialwaren H. Ackermann, Merseburgerstr. 61. Franz Seyer, Gr. Brunnenstr. 32p. C. Lange sen., Kl. Ulrichstr. 26. Ernst Weinhold, Rathausstr. 6, Teleph. 1093. Lederhandlungen Herm. Schmidt, Geiststr. 28. Möbel-Magazine Wolff-Magazin Hall. Tischlermstr. Grösserstr. 58. Photographische Ateliers Richard Schröder, nur Steinweg 17.	Schneider-Bedarfsartikel F. C. Wissell, Marktplatz 11. L. Zengerling, Schulstr. 7. Spektion, Möbeltransport G. Kistner & Co., Brunostrasse 36. Willy Müller, Brunnenstr. 53. Uhren- u. Goldwaren Grosse Klausstr. 23. Leipzigerstrasse 44. Albert Hennicke, Gr. Steinstr. 62. A. Schäfer, Leipzigerstr. 92. A. Weiss, Kleinschmidten 6. Weine u. Fruchtsäfte etc. M. Kade Nachf., Leipzigerstr. 93. Max Kränzel, Magdeburgerstr. 59.	Weiss-Woll-Tapisserie Franz Banne, Lindenstr. 56. Zahn-Technik Willy Müller, Neue Promenade 16. vis-à-vis Leipz. Turm. Zigarrenhandlungen F. Goldmann, Königstrasse 86. Schubert, William, Zigarren und Schularikel, Lauchstädterstr. 15. Ammendorf. Sanitäts-Drogerie, Inh.: Rich. Glauwig, Amendorf Radewell Hallischestr. 65. Hauptstr. 20. A. Hermann, Urmacher. O. Probsthays, Beinf.-Rein.-Anst. W. Wüschner, Schöhwaren.
--	--	---	--	--	--

Für die Anzeigen verantwortlich: Rob. Jäger, — Druck der Halle'sch. Genossenschafts-Druckerei (E. G. m. b. H.). — Belegzeit: vorm. Aug. 6. 1921. — Gesamt. 1. Halle a. S.